

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(binnen 87 Pf., monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,27 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandsabonnement 5,85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfadenpreis 4,85 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postsekonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Visk.-Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

„Vorwärts“ wird verboten!

Sozialdemokraten, laßt euch nicht irreführen!

Wir demonstrieren am Montag!

Zum zweiten Male seit der Entstehung der Deutschen Republik ist der „Vorwärts“ verboten worden. Das erste Mal geschah es durch die Regierung Kapp. Diesmal geschieht es durch die Regierung von Papen.

Man braucht eigentlich über die Tat der Reichsregierung nicht gesagt zu werden. Nun aber noch einige Worte zum Urteil des Reichsgerichts. Wir stützen uns dabei lediglich auf Presseberichte, da uns irgendeine amtliche Ausfertigung noch nicht zugegangen ist.

Presseberichten zufolge soll also das Reichsgericht das Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt haben mit der folgenden Begründung:

Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, den wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Wer die beanstandeten Artikel nicht kennt, der könnte glauben, wir hätten in ihnen die Person des Reichspräsidenten genannt oder in irgendeiner Form auf sie angespielt. Das ist keineswegs der Fall. Die „Verächtlichmachung“ des Reichspräsidenten soll offenbar dadurch erfolgt sein, daß wir — angeblich — die Regierung „verächtlich gemacht“ haben, die der Reichspräsident ernannt hat oder die Notverordnungen, die er unterzeichnet hat. Auf diese Weise stellt das Urteil des Reichsgerichts alle bisherigen Vorstellungen von verfassungsmäßiger Verantwortung auf den Kopf, und wenn seine Auffassung sich durchsetzt, werden alle Kompendien des Staatsrechts neu geschrieben werden müssen. Denn seit der Zeit des Absolutismus ist, glauben wir, überhaupt noch niemand auf den Gedanken gekommen, daß man durch eine scharfe Kritik an der Regierung und an der Gesetzgebung auch das Staatsoberhaupt „verächtlich macht“.

In einer Zeit, in der das Reichskabinett das einzige Organ der Gesetzgebung ist und Gesetze nur noch in der Dunkelkammer erzeugt werden, ist das Recht der Kritik besonders wichtig. Dieses Recht der Kritik wird durch das Urteil des Reichsgerichts in unerträglicher Weise eingeschränkt.

Das Reichsgericht wünscht „lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen“ geschützt zu sehen. Für die innen- und außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes kämpft der „Vorwärts“, seit er besteht, und er glaubt für diese Interessen mehr getan zu haben als alle Senate des Reichsgerichts. Wir sind, aufrichtig gesagt, auch keineswegs davon überzeugt, daß die scharfsinnigen Juristen in Leipzig ein unfehlbares Urteil darüber besitzen, was die „innen- und außenpolitischen Interessen“ des Reiches sind und wie sie am besten vertreten werden. Ein solches Urteil kann naturgemäß nur aus einer bestimmten politischen Gesinnung gefaßt werden — muß aber die des Reichsgerichts unbedingt die richtige sein?

Nach unserer Überzeugung fordern die innen- und außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes den allerheftigsten Kampf gegen die nationalsozialistische Judaspartei und gegen jede Regierung, die sich in die Abhängigkeit dieser Partei begibt!

Wir stehen im Wahlkampf und fordern als unser verfassungsmäßiges Recht, diese unsere Überzeugung vertreten zu dürfen. Wir kämpfen, um den Nationalsozialismus zurückzuschlagen. Wir kämpfen, um die Regierung der

Barone zu stürzen. Für fünf Tage schließt man uns den Mund. Wir werden nach diesen fünf Tagen unsere Arbeit wieder aufnehmen, wo wir sie liegen lassen mußten.

Wir werden nicht aufhören, unseren Lesern die Wahrheit zu sagen — und die Wahrheit ist, daß das ganze deutsche Volk für die Freiheit, die der SA. gewährt wurde, schwere Opfer an Gut und Blut zu tragen hat.

Die Notverordnung vom 14. Juni — die Hitler-Notverordnung — bringt dem Volke viel schwerere Lasten, als der Notverordnungsplan Brünnings sie ihm je gebracht hätte. Diese Hitler-Notverordnung mit ihrer Salzsteuer, ihrer Umsatzsteuer auch für die Kleinsten, ihren furchtbaren Rentenkürzungen — sie ist nur möglich geworden durch den Pakt, den der Führer der Nationalsozialisten mit den Herren vom Herrenklub geschlossen hat.

Wer vorgestern noch daran gezweifelt hat, der hat gestern durch den Brief des Herrn von Gleichen den Beweis dafür erhalten.

„Lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen“ — sind sie nicht gefährdet, wenn die rechtsradikale Presse die Reichsregierung zu verfassungswidriger Unterdrückung

der oppositionellen Presse und der nicht nationalsozialistischen Parteien auffordert?

Sind sie nicht gefährdet, wenn der „Völkische Beobachter“ die Polizeiverwaltungen Preußens und Bayerns auf das schwerste beschimpft, indem er ihr pflichtmäßiges Handeln als „schwarzroten Mordterror“ bezeichnet?

Sind sie nicht gefährdet, wenn der „Völkische Beobachter“ unter dem Vorwand der „Reinwehr“ zum Bürgerkrieg auffordert?

Sind sie nicht gefährdet, wenn der Mordheker Goebbels öffentlich verkündet: „gehängt wird doch!“?

Die lebenswichtigen innen- und außenpolitischen Interessen sind gefährdet durch das verbrecherische Treiben der Nationalsozialistischen Partei. Und eine Reichsregierung, die den Länderregierungen im Kampf gegen diese Gefahr in den Arm fällt, wird stets von uns auf das schärfste bekämpft werden.

Das arbeitende Berlin hat am Montag nachmittags Gelegenheit, sein Urteil zu sprechen. Auf Berlin sind jetzt die Augen der ganzen Welt gerichtet. Berlin, das rote Herz Deutschlands, steht gegen den Faschismus, für die Freiheit!

Rotes Berlin, wir rufen dich! Rotes Berlin, jetzt zeige dich!

Weltecho des „Vorwärts“-Verbots

Das Verbot schädigt Deutschlands Interessen.

Ein Artikel des „Daily Herald“.

London, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Unter der Überschrift „Die Wahrheit wird getötet“ schreibt der „Daily Herald“ in einem Leitartikel über die Aktion der Reichsregierung gegen den „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die deutsche Regierung hat das Verbot des sozialdemokratischen „Vorwärts“ und der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“ auf fünf Tage angeordnet. Eine Karikatur, die die Reichsregierung lächerlich machte, wird als Vorwand für die willkürliche Aktion gegen den „Vorwärts“ benutzt, und das Verbrechen des katholischen Blattes beruht in einer Kritik an dem neuen Reichskanzler Herrn von Papen.“

Die Unterdrückung der Pressefreiheit ist die Waffe aller Diktatoren. Sie können nicht dulden, daß unangenehme Ansichten zum Ausdruck kommen. Die Meinungsfreiheit in Wort und Schrift ist der Lebensodem der Demokratie; sie ist es, die es ermöglicht, Wahrheit von Irrtum zu unterscheiden, und die dem Volk hilft zu begreifen, daß schließlich auch die Meinung der anderen berechtigt sein kann; deshalb ist die Meinungsfreiheit der Schrecken der Autokraten.

Denn Autokratie gleicht jenen schädlichen Pflanzen, die nur in der Dunkelheit wachsen, das Tageslicht und ein frischer, reinigender Aufzug sind für solche Gewächse tödlich. Aber die Mörderdiktatoren von Deutschland werden schon merken, daß der Weg der Unterdrückung mit viel größeren Hindernissen besetzt ist als der ihrer Vorbilder in gewissen anderen Ländern; denn die deutschen Massen wissen, was Organisation heißt und besitzen einen unvergleichlichen Sinn für Disziplin.

Auch Bismarck versuchte, die deutsche Sozialdemokratie niederzuwerfen, und scheiterte. Was er nicht vermochte, das werden seine vernünftigen Nachahmer von heute kaum besser erreichen.“

Belgische Äußerungen.

Brüssel, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Das Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ findet in der belgischen Presse und öffentlichen Meinung die schärfste Beurteilung. Während die bürgerlichen Blätter sich damit begnügen, ihrem Ersauern in den Uberschriften Ausdruck zu geben, setzte sich der sozialistische „Peuple“ ausführlich und in schärfsten Worten mit der Maßnahme der Regierung auseinander. Die Achtung der Pressefreiheit, schreibt das Blatt, ist wohl die allerletzte der Sorgen der Regierung der Junker und Reichsmehrhauptlinge. Aber was soll man dazu sagen, daß die Reichsregierung sich gerade die leitenden Organe der zwei größten politischen Parteien zum Opfer ihrer Gewaltmaßnahmen ausucht,

die in der ganzen Welt als die wichtigste, wenn nicht einzige Stütze des öffentlichen Friedens, der Verfassungsmethoden und der Ordnung in Deutschland betrachtet werden.

Ohne die politische Klugheit, die Fähigkeit, die Opferbereitschaft, mit der diese beiden Parteien so oft das Parteinteresse dem Interesse der Volksgesamtheit unterordnen, wäre Deutschland wahrscheinlich der Anarchie, dem wirtschaftlichen Chaos und dem Bürgerkrieg verfallen.

Was ist das für eine Regierung, die auf die letzten aufbauenden und friedlichen Kräfte, die dem Lande noch verblieben sind, wie ein Befehlener losschlägt? Wohin wollen die Papen und Schleicher im Bündnis mit Hitler Deutschland führen?

Vanderelde, der frühere belgische Außenminister, äußerte sich wie folgt zum Verbot des „Vorwärts“: Diese Maßnahme ist eine überaus ernste Sache. Sie führt Deutschland zurück zum Bismarckschen Zeitalter ernstester Kämpfe gegen die

Montag Lustgarten! Aufmarschplan siehe umseitig!

Sozialdemokratie. Ich kenne aber den Kampfeswillen und die Kraft der deutschen Sozialdemokratie und bin deshalb fest davon überzeugt, daß

diese Maßnahme das gerade Gegenteil von dem erreichen wird, was die Regierung mit ihr beabsichtigt hat.

Camille Huysmans, der Führer der flämischen Sozialisten und früherer Unterrichtsminister, erklärte: Die verordneten Maßnahmen zeigen, daß wir vor einer außerordentlichen Verschärfung des politischen und sozialen Kampfes in Deutschland stehen. Wir sind aber um den Ausgang des Kampfes nicht besorgt. In einem Europa, das sein wirtschaftliches Gleichgewicht wiederfindet, wäre die Reaktion von vornherein beseitigt.

Wien erinnert an die Kriegszeit.

Wien, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Zu dem Verbot des „Vorwärts“ schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

In der mehr als 40jährigen ruhmreichen Geschichte des „Vorwärts“ geschieht es nicht zum erstenmal, daß die Herrschenden versucht haben, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zum Verstummen zu bringen. Zum letztenmal geschah es während des Krieges, im Januar 1918, aus Anlaß des Berliner Munitionsarbeiterstreiks. Es waren Wilhelms Generale, die damals als Herren über das deutsche Volk geboten und das Blatt der deutschen Arbeiterkraft verboten. Der Vergleich zwischen damals und heute spricht deutlich genug.

Wieder sind es Junker und Generale, die sich anmaßen, das deutsche Volk gegen seinen Willen zu regieren, wieder sind sie es, die den deutschen Arbeitern durch ein Verbot des sozialdemokratischen Zentralorgans zum Bewußtsein bringen, was der Belagerungszustand, dem Deutschland zusehert, bedeutet. Aber nicht zu ihrem Vorteil beschwören sie solche Erinnerungen herauf.

Die Geschichte des „Vorwärts“ ist die Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die Monarchie, der mit dem Sturz der Hohenzollern geendet hat. Das Zwischenstück der Nazibarone, die Wiederkehr der feudalen Gespenster in der Republik, der Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um mit Hilfe des Hakenkreuzes hohenzollernische Regierungsmethoden in Deutschland wieder einzuführen, wird nicht anders enden als die echte Junkerherrschaft geendet hat. Das Zwischenstück geht vorüber, die deutsche Arbeiterkraft und ihre Presse besteht.

Amsterdam, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Zu dem „Vorwärts“-Verbot schreibt unser Amsterdamer Parteiblatt „Het Volk“, daß es der Regierung von Papen

nicht um das Recht, sondern nur um die Erfüllung der Forderungen der Nationalsozialisten gehe, die seit Wochen ein „Vorwärts“-Verbot fordern.

Die Regierung von Papen, die jetzt durch das „Vorwärts“-Verbot das magt, was in vier Jahren Weltkriegszeit seitens der militärischen Kriegszensur nur einmal erfolgt sei, müsse im Interesse ihrer eigenen reaktionären Maßnahmen den Forderungen der Nationalsozialisten nachkommen. Der jetzt herrschende Geist lasse sich am besten dahingehend zusammenfassen, daß man

den SA-Leuten die Jagd auf die Republikaner gestatte und ihnen irgendeinen Posten in Aussicht stelle, um den Arbeitern weiter das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Der „Neue Rotterdammer Courant“ nennt den Konflikt zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung wegen des „Vorwärts“-Verbots eine von Anfang an faule Geschichte. Streitigkeiten dieser Art brächten die unvermeidliche Reichsdiktatur in Preußen in größere Nähe, was jedoch wiederum im Süden böses Blut setzen würde. Die Verbitterung in den großen Staaten des Südens sei heute schon sehr stark. Für die Erfüllung der Forderungen der Nazis auf dem Gebiete der inneren Politik zahle von Papen einen sehr hohen Preis, da er die Mittel dazu aus dem Kapital der Einigkeit zwischen den deutschen Staaten bestreite.

Dänemark äußert Entrüstung.

Kopenhagen, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die beiden größten Kopenhagener Blätter, „Socialdemokraten“ und „Politiken“, bringen heute die Karikatur aus dem „Vorwärts“, die dem Innenminister der Baronsregierung Anlaß zum Verbot des „Vorwärts“ gegeben hat. Sie bringen als ihre Meinung zum Ausdruck, daß das Verbot für ein Land mit Pressefreiheit völlig unverständlich sei. „Socialdemokraten“, das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, erklärt, sich in die deutsche Innenpolitik nicht einmischen zu wollen; sozial könne man aber doch sagen, daß angesichts dieser „Tat“ des Kabinetts von Papen, das Zentralorgan der großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verbieten, die Regierung Brüning wirklich als das „kleinere Übel“ erscheinen müßte und die viel erörterte Isolierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning dadurch vollkommen gerechtfertigt sei.

Selbstverständlich werden alle diese Stimmen des Auslandes von der offiziellen Telegraphen-Union tot geschwiegen. Das deutsche Volk soll im Glauben gelassen werden, daß die Welt solchen Vorgängen teilnahmslos oder sogar Maßnahmen der Regierung Papen sympathisch gegenübersteht.

Offiziel freigesprochen.

Aus rechtlichen Gründen.

Das erweiterte Schöffengericht Charlottenburg sprach gestern den Herausgeber der „Weltbühne“ Karl v. Offiziel von der Anklage der Reichswehrbeleidigung nach einseitiger Beratung frei.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Thiemann, wie folgt aus: Der Prozeß hat eine Bedeutung erhalten, die ihm nicht zusteht. Es handelt sich in diesem Falle nicht um einen Kampf um geistige Freiheit. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese von der Rotverordnung eingeschränkt wird. Die Rotverordnung hat aber mit diesem Fall nichts zu tun. Zu unteruchen war nur, ob der Artikel bei der Verfechtung pazifistischer Ansichten sich habe eine Beleidigung zuschreiben lassen. Der Artikel spricht von Zuständen während des Krieges und sagt u. a., Soldaten sind Mörder. Das Gericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß damit eine konkrete Anzahl von Personen gemeint sei. Der ganze Artikel ist unpersönlich gehalten. Er spricht in der Hauptsache von Mord. Die Rechtsprechung verlangt aber, daß ein beleidigender Ausspruch sich auf einen bestimmten Personenkreis beziehe. Da dies hier nicht der Fall ist, mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Der Freispruch ist aus rechtlichen Gründen erfolgt. Er

Kundgebung der SPD.

am Montag, dem 4. Juli 1932, im Lustgarten

Ansprachen: Dittmann und Stampfer

Stadtbezirke Wedding, Mitte, Reinickendorf und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Grenzstraße** (Humboldthain), Spitze des Zuges Brunnenstraße.
Marsch durch Brunnen-, Elsässer-, Artilleriestr., A. Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.
Rückmarsch: Wie Anmarsch bis Elsässerstr., dann Weinbergsweg, Kastanienallee, Zionskirchplatz, Swinemünder, Ramler-, Brunnen-, Grenzstr.

Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Danziger Straße** (Mittelpromenade), Spitze des Zuges Winsstr.
Marsch durch Danziger, Weißburger Str., Schönhauser Allee, Dragoner-, Roch-, Neue Friedrich-, Museumstr., Lustgarten.
Rückmarsch: Wie Anmarsch bis Dragonerstr., dann Lothringer Str., Prenzlauer Allee, Marienburger, Winsstr.

Stadtbezirke Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow, Köpenick und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Küstriner Platz**, Spitze Fruchtstr.
Marsch durch Frucht-, Friedenstr., Prenzlauer Berg und Allee, Lothringer, Weydinger-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.
Rückmarsch: Kaiser-Wilhelm-, Weydinger-, Linien-, Neue König-, Gollnow-, Landsberger, Weber-, Gr. Frankfurter, Fruchtstr., Küstriner Platz

Stadtbezirke Kreuzberg, Neukölln und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Fontane-Promenade**, Spitze Urbanstr.
Marsch durch Urban-, Baerwald-, Prinzen-, Dresdener, Neue Roß-, Breite Straße, Schloßplatz, Lustgarten.
Rückmarsch: Wie Anmarsch bis Dresdener Straße, dann Oranienplatz und -straße, Mariannen-, Graefestr., Hasenheide, Fontane-Promenade.

Stadtbezirke Tempelhof, Schöneberg, Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Hornstraße**, Spitze Yorckstraße.
Marsch durch Yorck-, Gneisenau-, Zossener Str. und Brücke, Alte Jakob-, Neuenburger, Linden-, Markgrafen-, Französische, Werderstr., An der Stechbahn, Lustgarten.
Rückmarsch: Wie Anmarsch bis Markgrafenstr., dann Junker-, Ritter-, Alexandrinen-, Brachvogel-, Mittenwalder, Gneisenau-, Yorck-, Hornstr.

Stadtbezirke Charlottenburg, Tiergarten, Spandau und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten: 16,30 Uhr, **Kleiner Tiergarten**, Spitze Stromstraße.
Marsch durch Alt-Moabit, Invaliden-, Hessische, Hannoversche, Elsässerstr. und weiter wie Zug Grenzstraße.
Rückmarsch: Wie Anmarsch.

Jetzt erst recht, rotes Berlin!

steht im Einklang mit der geltenden Rechtsprechung des Reichsgerichts. Das Gericht war deshalb nicht genötigt, in die sachliche Bewertung des intrinsekierten Ausspruchs einzutreten. Wie dem auch sei, Krieg ist Nord und Ostseehäute hatte recht, als er in seinem Schlusswort sagte: Der Artikel sollte nicht den Soldaten diffamieren, sondern den Krieg, der durch den Kellogg-Pakt auch offiziell geächtet ist.

Das Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitz hatte die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt und erst durch die Beschwerden der Staatsanwaltschaft war es gezwungen, es zu eröffnen. Daher die Vermutung des Verteidigers, daß Landgerichtsrat Schmitz es vorgezogen habe, den Vorsitz in der gestrigen Verhandlung nicht persönlich zu führen und sie auf einen Tag amberaumt habe, an dem er sich bereits im Urlaub befand.

Hitler schweigt!

Er kann Herrn von Gleichen nicht Lügen strafen.

Hitler hat die Feststellungen des Herrn von Gleichen mit keinem Worte bestritten. Er kann es auch nicht; denn seine eigene Haltung wie die Haltung seiner Partei bestätigt, daß in der Tat Hitler die volle Verantwortung für die Reichsregierung von Schleicher von Papen und für die Hitler-Notverordnung trägt!

„Törichte Klubgespräche.“

Die Dementiermethoden der Reichspressefelle.

Die Äußerungen des Herrn von Gleichen über die Vorgeschichte der Regierung von Papen werden an sich nicht bestritten. Die zuständigen Stellen sind jedoch krampfhaft bemüht, die Wirkung dieser Enthüllungen des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ dadurch abzuschwächen, daß sie diese Darstellung eines führenden Mannes des Herrenklubs als „törichte Klubgespräche“ bezeichnen und die Richtigkeit der geschilderten Zusammenhänge in Abrede stellen.

Das ist nicht gerade schmeichelhaft für den Verfasser, der sich wohl nicht ganz zu Unrecht für einen der Väter der neuen Reichsregierung hält. Daß in dem feudalen Herrenklub, dem außer dem Reichskanzler von Papen auch noch mehrere Minister angehören, unter den maßgebenden Mitgliedern „törichte Gespräche“ geführt werden, stellt geradezu eine Verächtlichmachung der Reichsregierung dar, die nur dadurch gemildert wird, daß diese Behauptung eine Art Selbstbeächtigung ist!

Im übrigen wird die öffentliche Meinung durch diese Erklärung der zuständigen Stellen in ihrem Glauben an die Zuverlässigkeit der Darstellung des Herrn von Gleichen nicht

erschüttert werden, wohl aber wird sie daraus schließen, daß in der feinen Gesellschaft Klubfreunde sich in voller Öffentlichkeit gegenseitig desavouieren dürfen, wenn es die „Staatsraison“ erfordert.

Schließlich eine Frage: war die Kundfunkrede des Herrn von Gleichen, mit der die Regierung von Schleicher von Papen dem deutschen Volke vorgestellt wurde, auch ein „törichtes Klubgespräch“?

Listenverbindung zur Reichstagswahl.

Finanzminister a. D. Dietrich an der Spitze der Reichsliste Zentrum - Staatspartei.

Die Staatspartei wird mit dem Zentrum zur Reichstagswahl Listenverbindung eingehen.

Sie wird voraussichtlich dadurch besonders in Erscheinung treten, daß auf die Reichsliste des Zentrums an erster Stelle der frühere staatsparteiliche Finanzminister Dr. Dietrich, ferner der staatsparteiliche Bürgermeister Petersen-Hamburg und der staatsparteiliche Gewerkschaftsführer Ernst Lemmer gesetzt werden.

Bayerischer Bauernbund bleibt allein.

Verhandlungen mit Bayerischer Volkspartei gescheitert.

München, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Bauernbund ausgetretenen Verhandlungen, die unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbstständigkeit beider Parteien auf einen gemeinsamen Wahlvorschlagn für die Reichstagswahlen am 31. Juli und auf eine allgemeine politische Zusammenarbeit abzielten, sind kurz vor ihrem Abschluß gescheitert.

Die Schuld daran trägt die Bayerische Volkspartei, die verlangte, daß die für den gemeinsamen Wahlvorschlagn benannten Kandidaten des Bauernbundes sich auf das Programm der Bayerischen Volkspartei verpflichten müßten. Auf diese Forderung, die tatsächlich eine Preisgabe der parteipolitischen Selbstständigkeit des Bauernbundes bedeutet hätte, ging der Bauernbund nicht ein.

Verfassungsfeier wird unterzagt.

Eine Verordnung des Anhalter Naziregimes.

Desau, 1. Juli.

Das anhaltische Staatsministerium hat verordnet, daß öffentliche Feiern von Staatsbehörden und Schulen an Verfassungstage nicht stattfinden. Eine Herausgabe von staatlichen oder kommunalen Geldmitteln für solche Feiern sei unzulässig.

Spitzenkandidat Brüning. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning wurde von der Zentrumspartei offiziell in den Wahlkreisen Köln-Nach, Düsseldorf und Koblenz-Trier als Spitzenkandidat aufgestellt.

Staatsrat gegen Amnestiegesetz.

Verfassungsminister Gagl für das Gesetz!

Im Preussischen Staatsrat wurde heute mittag über das vom Landtag angenommene Amnestiegesetz abgestimmt. Das Zentrum, die Staatspartei und die Sozialdemokraten stimmten geschlossen gegen das Gesetz, die Vertreter der Volkspartei und der Deutschnationalen stimmten nicht einheitlich. Außerordentliches Aufsehen erregte es, daß der Reichsinnenminister Freiherr von Gagl in namentlicher Abstimmung für das Amnestiegesetz, so wie es der Landtag beschlossen hat, stimmte, wonach selbst der Separatistenführer Dorten straffrei erklärt wurde. Die Einspruchserhebung wurde mit 60 gegen 19 Stimmen beschlossen. Nur die Kommunisten stimmten geschlossen gegen den Einspruch. Die von der Rechten gebildete Arbeitsgemeinschaft hatte sich gespalten.

Wilde Bürgerkriegsheke.

Dazu freche Beschimpfung der Länderpolizei.

München, 1. Juli.

Im „Börslichen Beobachter“ schreibt Rechtsanwalt Dr. Frant II unter der Ueberschrift „Deutsche Notwehr“, die Wirkung der Polizeipolitik der schwarzroten Parteien sei eine fortgesetzte Verengerung des Sicherungszustandes der deutschen öffentlichen Zustände. Es werde daher auch eine kaum erfüllbare Hoffnung des Reichsinnenministers bleiben, wenn er annehmen sollte, daß die schwarzroten Parteien ihren Machteinfluß niemals im Sinne eines Schutzes der waffenlosen nationalsozialistischen Jugend besonders nachdrücklich anwenden würden. Feierlich lehne, so fährt Dr. Frant II fort, die Reichsleitung der NSDAP vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit die Verantwortung für diesen Zustand ab. Die NSDAP werde aber ihre Anhänger nicht einfach widerstandslos niedermeheln lassen. Sie erkläre ein für allemal, daß, solange nicht die Gesamtheit der öffentlichen Machtmittel dagegen eingeseht werde,

sämtliche Parteigenossen das Notwehrrecht in seinem vollen gesetzlichen Umfang für sich geltend machen würden. Man dürfe nicht glauben, daß die größte politische Bewegung des deutschen Volkes irgendwie in ihren Zielen und in ihrer legalen Kampfweise sich zerschmettern ließe durch die Auswirkungen dieses schwarzroten Maffenterrors gegen die NSDAP.

Der Artikel schließt: „Wir erwarten also, daß der Herr Reichsinnenminister mit allem Nachdruck für den Schutz des waffenlosen Nationalsozialismus

gegenüber dem schwarzroten Mordterror, insbesondere jenen Polizeierwartungen gegenüber eintritt, die heute noch von „antinationsozialistischen Leitern dirigiert werden“.

„Militärische Ausbildung bevorzugt.“

Naçi-Richtlinien für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Dessau, 1. Juli.

Das anhaltische Staatsministerium hat heute eine Bekanntmachung über den freiwilligen Arbeitsdienst erlassen, die den ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung des freiwilligen Arbeitsdienstes bedeutet.

Danach wird in Kürze eine Stamm- und Lehrabteilung in Höhe von 250 Mann aufgestellt, um zunächst das nötige Aufsicht- und Verwaltungspersonal auszubilden. Es kommen in Frage Reichsangehörige im Alter von 19 bis 32 Jahren; bevorzugt werden Personen, die militärisch und technisch ausgebildet sind. Für den dreimonatigen Ausbildungsdienst werden freie Verpflegung und Unterkunft, freie Bekleidung und ein tägliches Taschengeld gewährt.

Der interessanteste Punkt in dieser Bekanntmachung des Anhalter Naziregimes ist, daß bei der Einstellung des Aufsichtspersonals „militärisch ausgebildete Personen“ bevorzugt werden. Man demonstriert damit, daß man auf „Arbeit“ herzlich wenig Wert legt und den freiwilligen Arbeitsdienst mit Drill ausfüllen will. Damit wird der freiwillige Arbeitsdienst zu nichts anderem als einer Domäne der faschistischen Miliz gestempelt.

Preußens Durchführungsbefimmungen

Zur zweiten Verordnung gegen politische Ausschreitungen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern am 29. Juni d. J. zur Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni und zur Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 Verordnungen erlassen, die die Zuständigkeit für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und für die Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten usw. regelt:

Zuständig für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel sowie für die Genehmigung solcher Veranstaltungen unter Auflagen statt eines Verbots nach § 1 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (RGBl. I S. 339) sind in Stadtkreisen und Orten mit staatlicher Polizeierwaltung die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landräte.

Zuständig zur politischen Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften gemäß § 3 der Verordnung sind außer den Ortspolizeibehörden auch die Landräte und der Polizeipräsident — Landestribunalpolizeistelle I — in Berlin.

Die Beschlagnahme und Einziehung erstreckt sich auf den Bereich der anordnenden Behörde; wird die Beschlagnahme und Einziehung vom Polizeipräsidenten — Landestribunalpolizeistelle I — in Berlin ausgeprochen, so erstreckt sich die Wirkung der Maßnahme auf das ganze Staatsgebiet.

Billiger Tarif.

Staatsstreik-Dehblatt wird mit Verwarnung „bestraft.“

Hamburg, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der Hamburger Senat teilt mit: „Der Senat hat gemäß § 3 der ersten Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen die „Hamburger Nachrichten“ wegen einer Reihe von Behauptungen und Bemerkungen in dem offenen Brief

Der Unterschied.



Der Sozialismus ist eine Volksbewegung.



Der Nationalsozialismus ist höchstens eine Truppenbewegung.

Papens innenpolitische Bedenken.

Der Kampf um die Einigungsformel.

Lausanne, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der Reparationsausschuß der Lausanner Konferenz mußte sich am Freitag auf rein formale und technische Beratungen beschränken. Ohne Beteiligung Deutschlands haben die Vertreter der fünf Gläubigermächte ein sogenanntes Rahmenwerk für die Schlusserklärung aufgestellt, aus dem die Grundfragen natürlich noch herausgelassen sind. Nach französischer Angabe wurde eine Einigung erzielt über die Modalitäten für eventuelle Schuldverschreibungen, die Zeit bestimmt für die Einzahlungen und die Realisierung von Kreditbons.

Im Laufe des Nachmittags hatten Macdonald und von Papen eine längere Unterredung, die der am Sonnabend wieder auslebenden Debatte über die entscheidenden Grundfragen des Reparationsproblems galt. Unmittelbar nach Herriots Rückkehr aus Paris wird am Sonnabend die auf zehn Uhr angelegte Sitzung des Reparationsausschusses durch eine Unterredung Macdonald-von Papen-Herriot eingeleitet. Die genannten Grundfragen des Reparationsproblems sind das Junktim von Reparationen und Kriegsschulden (Sicherungsklausel) sowie das Angebot einer tragbaren Lösung der Reparationen an Deutschland. Bisher wollen die Gläubiger Deutschland nicht aus der Verpflichtung entlassen, auch das Risiko für ihre Kriegsschulden an Amerika zu tragen. Herriots neuer Weg zur Lösung soll nun darin bestehen, dies Junktim abzulösen, ohne Amerikas spätere Haltung zu einem Schuldenerlaß vorwegzunehmen.

Von deutscher Seite wird erklärt, daß diese Befreiung die Annahme einer Reparationsablösung wesentlich erleichtern werde. Durch eine eventuelle Opferung dieses Junktims würde die gesamte Ablosungsleistung Deutschlands wesentlich geringer werden, doch liegt die Gefahr auf der Hand, daß die bisher für reine

Reparationen genannten Leistungen höher bemessen werden. Deutschlands Vertretung hat die weitere Gefahr zu gewärtigen, wiederum einem einheitlichen Vorschlag gegenüberzustehen, dessen Ablehnung die Schuld für die Vertagung der Konferenz einschließen müßte. Es wird in Kreisen der deutschen Delegation gar nicht mehr verhehlt, daß jede Zustimmung zu einer wie auch immer gearteten Ablösung der Reparationen wegen der schweren innenpolitischen Belastung des Kabinetts für den Wahlkampf als unmöglich erscheine.

Gefornie Restzahlung?

Lausanne, 1. Juli.

Über den Inhalt des Planes, der heute in den beiden Sitzungen des Büros erörtert worden ist, verläutet im Lager der an seiner Waffassung beteiligten Mächte, daß es sich dabei um den Vorschlag einer Beteiligung Deutschlands an dem gemeinsamen Fonds bei der BZ in Form von Bonds mit einer gewissen Laufzeit handele, deren Beginn abhängig wäre von bestimmten Anzeichen der allgemeinen und der deutschen Wirtschaftserholung. Es soll jedoch eine Anzahl von Jahren vergehen, bevor eine erste Tranche dieser Bonds durch die BZ begeben werden dürfte.

Diese unter allem Vorbehalt verzeichneten Angaben ausländischer Quellen sehen weiter ziffernmäßige Vorschläge variabler Natur, je nach der Entscheidung der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Sie entziehen sich der Erörterung, solange sie nicht der deutschen Delegation vorgelegt und auf ihren Einklang mit der stets angenommenen grundsätzlichen Haltung Deutschlands geprüft sein werden.

der Hauptchriftleitung an den Reichskanzler in Nr. 196 der Zeitung, die von völlig unrichtigen Annahmen ausgehen, verwahrt. Der Senat hat gleichzeitig den „Hamburger Nachrichten“ mitgeteilt, daß, nachdem sie bereits zweimal verwahrt worden sind, die durch die Verordnung vom 14. Juni 1932 gegebene Möglichkeit eines Verbotes künftig in gleichartig gelagerten Fällen unnachlässig angewandt werden wird.

Diese Verwarnung läßt nicht erkennen, ob sie auf Veranlassung der Reichsregierung erfolgt ist oder lediglich vom Hamburger Senat ausgeht. Da aber der Reichsregierung der Inhalt des offenen Briefes und des ihm vorangegangenen nicht minder scharf formulierten Leitartikels der „Hamburger Nachrichten“ bestimmt bekanntgemorden ist, muß man aus der Tatsache der Verwarnung schließen, daß die Reichsregierung trotz der Unterstellung, sie könnte sich der Ausführung eines Staatsstreiches geneigt zeigen, keinen Anlaß sieht, auch nur entfernt in „so schneidiger Weise“ gegen die Blätter der Rechten vorgehen, wie etwa gegen den „Vorwärts“ oder die „Königliche Volkszeitung“.

Krawalle in Gotha.

Dreizehn Verletzte.

Gotha, 1. Juli.

In Gräfentonna, einer Vorstadt von Gotha, kam es bei einem nationalsozialistischen Aufmarsch zu schweren Krawallen. Bei einbrechender Dunkelheit geriet die SA mit Kommunisten zusammen, wobei es zu einem regelrechten Straßentampfkam.

Als das Gothaer Heberfallkommando eintraf, lagen sieben Schwerverwundete auf dem Pflaster, während sechs Personen leicht verletzt wurden. Etwa 10 Personen wurden verhaftet.

Unruhen in Bremen.

Bremen, 1. Juli.

Im Vorort Groepelingen kam es heute abend zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen es zahlreiche Verletzte gab. Eine Apotheke, aus der Verbandsgewehr geholt werden sollte, wurde völlig demoliert. Ein

Straßenbahnwagen wurde umgestürzt und quer auf die Straße geschoben, auch ein Mannschaftswagen der Feuerwehr wurde umgestürzt.

Straßenkampf am Wedding.

Ein Toter, mehrere Verletzte.

In der Neuen Hochstraße unweit des Weddingplatzes spielte sich kurz vor Mitternacht eine schwere Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ab. Im Verlauf weniger Minuten wurden von beiden Seiten etwa 12 bis 15 Schüsse abgegeben. Ein Beteiligter wurde durch einen Kopfschuß getötet, ein weiterer Verletzter wurde mit einem Fußschuß ins Virchow-Krankenhaus eingeliefert.

Ein völlig unbeteiligter Passant wurde bei dem Handgemenge niedergeschlagen und schwer verletzt. Mehrere weitere Verletzte wurden auf der nächsten Rettungsstelle behandelt.

Wie wir noch bei Schluß des Blattes erfahren, sollen auch einige Polizeibeamte, die große Mühe hatten, die radikalen Gegner auseinanderzubringen, Verletzungen erlitten haben.

Schießerei auch in Moabit.

In der Moabiter Uruhegegend wurde gegen 12 Uhr aus den Häusern auf einige Polizeipatrouillen scharf geschossen. Die Schüsse fielen fast zu gleicher Zeit aus den Häusern Huttenstraße 5 und Kottbuser Straße 28.

Von der Polizei wurde das Feuer erwidert. Nachdem Verstärkungen herangezogen worden waren, wurde eine Durchsuchung der Häuser vorgenommen. Soweit bisher bekanntgemorden ist, ist bei dem Augelwechfel niemand verletzt worden.

Mag Ed-Troll gestorben. Der sozialistische Schriftsteller Ed-Troll ist in Frankfurt a. M. nach mehrmonatigem schweren Leiden an Bauchfellentzündung und Darmkrebs im Alter von 48 Jahren gestorben. Ursprünglich Kaufmann von Beruf, widmete sich Ed-Troll der Schriftstellerei. Später vereinigte er seine kaufmännischen und literarischen Fähigkeiten in der Herausgabe einer beliebten Feuilletonkorrespondenz.

Einheitsfront in der Eisernen Front.

Der Bankrott unehrlicher Manöver.

Trotz des Ernstes der Stunde, trotz eines Kampfes von geschichtlicher Größe, des Kampfes der deutschen Arbeiter um ihre Freiheit, sind die kommunistischen Führer nicht imstande, realpolitisch zu denken. Man kann nur staunen über die Geistesarmut von Führern, denen es im Grunde genommen so leicht gemacht ist, für ihre Partei Stimmen zu holen, und denen trotzdem nichts anderes einfällt, als gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften weiter zu schimpfen.

Erklären läßt sich dieses völlige Versagen von Leuten, die sich einbilden, in Deutschland das Proletariat zu führen, nur damit, daß die kommunistische Partei in Deutschland im Grunde genommen ohne jede Orientierung ist. Moskau hat zur Zeit zu viel mit sich selbst zu tun und muß daher anscheinend die deutschen Führer der Kommunisten sich selbst überlassen. Die Politik dieser „Führer“ ist infolgedessen auch danach. Vor den Kulissen wird also treu und brav weiter geschimpft auf die Gewerkschaften und auf die Sozialdemokratie, wird der Einheitsfrontbunzug tapfer fortgesetzt.

Hinter den Kulissen jammert man über den Bankrott dieser Humpbugpolitik.

So erklärte, wie wir erfahren, auf einer RSD-Konferenz, die am 21. Juni in Essen stattfand, der Referent Beyer, daß das Wählingen des Januarstreiks in Rußland eine starke Beunruhigung hervorgerufen habe. Dort habe man diese Niederlage damit erklärt, daß die deutschen Kommunisten eine verkehrte Einheitsfrontpolitik betrieben hätten. Die Hege gegen die Gewerkschaften sei falsch gewesen, sie sei von der Arbeiterschaft nicht verstanden worden. In der Zentrale der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ sei man infolgedessen beinahe zu dem Entschluß gekommen, die RSD in Deutschland aufzulösen. Die deutschen Kommunisten hätten jedoch um gut Wetter gebeten, weil sie sich nicht vor der deutschen Öffentlichkeit vollkommen lächerlich machen wollten.

Der zweite Referent Siepmeyer erklärte die Frage der Einheitsfront als wichtigstes Problem der Gegenwart. Aufgabe der Kommunisten sei es, die freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen. Um die Massen unter kommunistischen Einfluß zu bringen, dürfe man aber die reformistischen Führer nicht als Verräter bezeichnen, weil man

damit die Arbeiter nicht gewinnen könne. Die Russen hätten den deutschen Kommunisten den Vorwurf gemacht,

eine Rundscheibensabrik

eingerrichtet zu haben. Statt Rundscheiben zu verschicken, täte man klüger, in den Betrieben zu arbeiten und zu zeigen, daß die Kommunisten die Arbeiterinteressen besser wahren könnten als die freigewerkschaftlichen Funktionäre. Diesen Beweis habe man aber bis jetzt nicht erbringen können.

Daraus geht ganz klar hervor, daß die Einheitsfrontmanöver der Kommunisten nur den Zweck haben, vor den Kulissen den Arbeitern den Bankrott der kommunistischen Partei zu verschleiern. Daß die Kommunisten völlig außerstande sind, die freigewerkschaftlichen und die christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen, zeigt ein Blick in ihre Presse, die heute schreibt wie irgendein ordinäres nationalsozialistisches oder rechtsradikales Hegeblatt. So hat sich die kommunistische Presse zu folgenden Sätzen verfliegen: „Die Sozialdemokratie hat zwölf Jahre lang

mit hündischer Treue die Erfüllungspolitik durchgeführt.

Die Sozialdemokratie ist die knechtische Trägerin und Vorkämpferin der Politik der Unterordnung unter das Diktat des französischen Imperialismus, der freiwilligen Auslieferung wertvoller deutscher Volksgenossen im Osten Deutschlands unter den Stiefel des polnischen Faschismus. Nur im schärfsten Kampf gegen die verräterische Sozialdemokratie kann das deutsche Proletariat die Ketten der kapitalistischen Lohnsklaverei und des Versailler Vertrages zerbrechen.“

Wie man sieht, kämpft auch heute noch die kommunistische Partei in der Front der Rechtsradikalen gegen die Sozialdemokratie. Ihr Einheitsfrontgedanke ist nichts anderes als Unehrlichkeit und Verlogenheit. Wer will sich angesichts der nationalsozialistischen Schreibweise der kommunistischen Presse wundern, wenn bei den Wahlen viele Kommunisten in das Hitler-Lager hindübergewandert sind? Die Rechts- und Linksradikalen sind sich nach wie vor in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig. Die Front gegen den Faschismus kann nicht durch unsichere Kantonisten gestärkt werden — sie braucht zuverlässige Kämpfer. Ihre Kämpfer sind die in der Eisernen Front vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der neue Kurs.

Der Reichsarbeitsminister empfängt die Gelben.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung: Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer empfing eine Vertretung des nationalen ADL (Reichsbund deutscher Angestellten-Berufsverbände). Die Führer des ADL trugen dem Minister die besondere Notlage der deutschen Angestellten vor und unterbreiteten die von der Angestelltenbewegung aufgestellten Vorschläge. Der Minister sagte die Prüfung der Anregungen des ADL zu.

Dieser sagenhafte Reichsbund deutscher Angestellten-Berufsverbände ist ein zwar völlig bedeutungsloses, aber gelbes Organisationsstück. Bisher wurden diese Gelben, von den Unternehmern geistig und vielfach auch finanziell ausgehaltenen Grüppchen vom Reichsarbeitsministerium als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen nicht anerkannt. Herr Schäfer, der vor kurzem keine Zeit hatte, um den von ihm selbst geladenen Vertreter der größten Organisation der Kriegsbeschädigten auch nur anzuhören, hat Zeit, um Gelbe zu empfangen. Mit dem „System“ ist also gebrochen. Die Unternehmer und die Nazis werden ihre Freude haben.

Butler Nachfolger von Albert Thomas.

In vertraulicher Sitzung gewählt.

Wie uns aus Genf gemeldet wird, ist gestern der vierjährige stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, vom Verwaltungsrat in einer nicht öffentlichen Sitzung zum Direktor gewählt worden.

Nähere Einzelheiten über die Wahl liegen uns bisher nicht vor. Bramsnaes, der dänische Finanzminister, von dessen Kandidatur in den letzten Tagen vielfach die Rede war, scheint nach einer Meldung, die wir aus Genf erhalten, seine Kandidatur nicht aufrechtzuerhalten zu haben. Die Kandidatur von Henri de Man hatte wohl überhaupt keine Aussicht. Unter diesen Umständen war die Wahl von Butler so gut wie unvermeidlich.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, als sei hier von der Arbeitergruppe nicht alles geschehen, was notwendig war, um einen bestimmenden Einfluß auf die Wahl des Nachfolgers von Albert Thomas auszuüben. Besonders scheint es an der notwendigen Einheitlichkeit des Vorgehens gefehlt zu haben.

Butler war bis zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ein hoher Beamter des englischen Innenministeriums. Soziales Verständnis und ehrliches Bemühen kann ihm nicht abgesprochen werden. Zweifel aber muß man in seine Fähigkeiten haben, sich in die Psyche der Arbeiterschaft zu versetzen und eine andere als die angelsächsische Welt zu erfühlen. Ob der zu ernennende Vize-Direktor dieses Ranks ausfüllen wird, hängt natürlich wesentlich von der Persönlichkeit ab, die Butler für dieses Amt ernennen wird.

Kommandierte „Delegierte“.

Wie die APD. Theater macht.

Aus der AEB-Turbine wird uns geschrieben: Zu dem Bericht des „Abend“: „Parolenstücker in der AEB.“, ist noch folgendes nachzutragen: Die Versammlung der Kommunisten war nicht von 100, sondern nur von 30 Kollegen besucht, die sich im Backstüberl nach Arbeitslosengeld eingefunden hatten. Für die in der „Roten Fahne“ auf der ersten Seite abgedruckte „Entschließung“ erhoben sich nur 10 Hände. Der Versuch, Delegierte zu dem „Einheitskongreß“ zu wählen, mißlang, da selbst ihre eigenen Leute die Wahl ablehnten. Darauf erklärten die Drahtzieher, daß nun die Delegierten ernannt würden.

Eine Fraktionsoberversammlung der SPD-Genossen der AEB-Turbine am Donnerstag beschäftigte sich mit den kommunistischen Einheitsfrontmanövern und nahm dazu folgende Entschließung an:

„Die Versammlung lehnt das unehrliche Spiel der APD, mit der Einheitsfront mit aller Entschiedenheit ab und stellt sich vollinhaltlich hinter die von der Leitung der Eisernen Front getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung verpflichtet sich, ihre ganze Kraft für die Herstellung einer wirklichen Einheitsfront einzusetzen und die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften in diesem Bestreben zu unterstützen.“

Immer noch Lohnabbau!

Schiedspruch für die Hafen- und Speicherebetriebe.

In den Berliner Hafen- und Speicherebetrieben schwebt schon seit Wochen ein Konflikt wegen des Neubeschlusses des Lohnstufens für die Arbeiter. Der Lohnstarif war vom Verein der Speicherebetriebe Groß-Berlin gekündigt worden; gefordert wurde ein Abbau der Löhne um 14 bis 16 Proz. Ein Vergleichsvorschlag des Gewerberats Körner, der einen Abbau der Löhne um 6 Proz. vorschlug und im übrigen die provisorische Regelung, die für das Speditionsgewerbe kürzlich getroffen worden ist, auch auf die Speicherebetriebe übertragen wollte, ist von beiden Parteien abgelehnt worden.

Gestern hat nunmehr der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, der die Löhne ab 1. Juli wie folgt herabsetzt: Für die im Wochenlohn stehenden ständigen Arbeiter von 52,92 Mk. auf 49,92 Mk. und ab 1. Oktober auf 48 Mk., für die im Stundenlohn beschäftigten ständigen Arbeiter von 1,10 Mk. auf 1,04 Mk. bzw. 1,— Mk., für die unständigen Arbeiter von 1,19 Mk. zunächst auf 1,12 Mk. und ab 1. Oktober auf 1,05 Mk. Insgesamt beträgt der Lohnabbau also für die ständigen Arbeiter 9,3 Proz. und für die unständigen Arbeiter 12 Proz. Das neue Lohnabkommen soll bis zum 31. Dezember d. J. gelten. Die Einführungsfrist für diesen Schiedspruch läuft bis zum 7. Juli.

Am Dienstag nimmt eine Vollversammlung der Speicherei- und Hafenarbeiter in Boeckers Festhallen zu dem Schiedspruch Stellung.

Buchdruckerkonflikt im Saargebiet.

Obgleich auch im Saargebiet die Löhne für die graphische Arbeiterschaft erheblich herabgesetzt wurden, erstreben die Unternehmer eine weitere erhebliche Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft. Um einen weiteren Lohnabbau durchzuführen, kündigten die Unternehmer den gesamten Belegschaften, um Einzelarbeitsverträge mit verkürzten Löhnen durchzuführen zu können.

Dieses Vorhaben wurde aber von der Arbeiterschaft durchkreuzt, indem die Kündigungen angenommen, und mit Ablauf derselben die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde. Das geschlossene Vorgehen der Arbeiterschaft hatte zur Folge, daß eine Reihe von Betrieben die Kündigungen zurückgenommen haben und auf einen Lohnabbau verzichteten.

Zur Zeit befinden sich jedoch noch 400 graphische Arbeiter im Arbeitskampf. Die Unternehmer spekulieren auf Streikbrecher und versuchen alles, ihre Betriebe wieder in Gang zu setzen. Arbeitsangebote an graphische Arbeiter nach dem Saargebiet sind daher strikt abzulehnen.

Proletarisierte Schauspieler.

Eine Gefahr für unsere Kultur.

Im Sommer 1931 waren nur 4000 deutsche Bühnenangehörige beschäftigt, 5500 dagegen erwerbslos; in der Winterpielzeit 1931/32 waren 30 Proz. ohne Engagement. Welche Katastrophen hinter diesen Zahlen stehen, wird erst dann richtig deutlich, wenn man weiß, daß die Einkommen von mehr als 50 Proz. aller Bühnenangehörigen unter dem Existenzminimum liegen und daß sehr viele Sagen sich nicht wesentlich darüber bewegen. Beschäftigung in den Sommermonaten ist für die Masse der Schauspieler heute der Glücksfall, der nur dem Begünstigten zuteil wird. Während 1928 noch 67 Bühnen ihren Angehörigen Jahresverträge boten, wird es im nächsten Jahr nur noch fünf Theater mit durchgehender Spielzeit geben.

Der Schauspieler ist nicht erst durch diese wirtschaftlichen Verhältnisse proletarisiert worden; aber diese Verhältnisse haben seine proletarische Bindung an die Gesellschaft allgemein deutlich gemacht. Unsere ungesicherte Zeit erwies ihre Unstabilität auch in kulturellen Gütern, auch den Theatern gegenüber. Heute droht mit dem Zusammenbruch des Schauspielerstandes Zusammenbruch eines lebenswichtigen Kulturzweiges. Die Kündigung des Schauspielervertrages hat die unsichere Situation noch weiter verschärft.

In einem Vortrag „Proletarisierte Schauspieler“ wies Emil Sindi, Verwaltungsratsmitglied der Genossenschaft deutscher

Bühnenangehöriger, auf diese katastrophale Entwicklung hin. Der Schauspielerstand, einst verjagte Kaste, dann, mit Künstlerrolle und Orden, Schmutz der „besseren Gesellschaft“, hat aus der künstlerischen Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft schon lange den Weg zum wertvollen Menschen gefunden, dem er sich auch in seiner Organisation, der Genossenschaft deutscher Bühneningehöriger, zur Seite stellt. Er klagt nicht darüber, daß auch seine Glieder das gegenwärtige proletarische Schicksal der Massenarbeitslosigkeit tragen, sondern weil er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Bühnenkunst an ihrer Wurzel bedroht sieht. Neben der Anerkennung der kulturellen Bedeutung des Theaters durch den Staat ist aber auch Schutz seiner geistigen Struktur nötig. Schutz gegen den Zulauf der viel zu vielen, oft höchst mangelhaft ausgebildeten Bühnenamateur. In den ersten Jahren finden manche von ihnen zwar Engagements mit Mindestgage; dann jedoch werden sie brotlos, und ihre viel zu geringen Fähigkeiten machen ihnen jede Hoffnung auf bessere Zeiten illusorisch. Der Stand der Bühnenangehörigen aber wird durch dieses künstlerische Proletariat außerordentlich schwer belastet.

Graphische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die faschistische Gefahr, gefördert und gestützt durch die Maßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung, wächst von Stunde zu Stunde. Nicht nur den politischen Organisationen der Arbeiterschaft haben die Nazis den Kampf angefangen, auch eure in jahrzehntelanger Arbeit aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen sollen zer schlagen, die Arbeiterschaft wieder rechtslos gemacht und den heutigetierigen Klauen des Faschismus ausgeliefert werden. Dieser Gefahr zu begegnen, hat sich das arbeitende Volk Deutschlands in der „Eisernen Front“ vereinigt, nicht nur, um unsere gewerkschaftlichen Organisationen zu verteidigen, sondern

um zum Angriff überzugehen

gegen die Mächte, die den Faschismus in Deutschland herbeiwünschen und die Arbeiter wieder in mittelalterliche Zustände zurückverwerfen wollen.

Wiederholt hat der ADB, der Ortsausschuß des ADB, und die Verbände zur Bildung von Hammer-schaften in den Betrieben aufgefordert. Schon lange erwartet und freudig seid ihr diesem Aufse gefolgt und habt Kampfformationen in den Betrieben gebildet. Aber noch nicht restlos ist das in allen Betrieben geschehen. Die im Graphischen Kartell vereinigten Verbände fordern deshalb auf, in jedem Betriebe eine Hammer-schaft der „Eisernen Front“ zu bilden. Jede Hammer-schaft hat sich mindestens einen Führer und mehrere Erfahrene zu wählen. Die Führer und die Erfahrene der Hammer-schaften werden vom Graphischen Kartell zu einem

Führer-Appell der Graphischen Betriebe Groß-Berlins

am Mittwoch, dem 13. Juli, 17 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses aufgerufen, in dem jeder Betrieb vertreten sein muß. Als Kontrolle gilt das Verbandsbuch. Jeder Führer hat am Saaleingang den Betrieb, seine Adresse sowie die der Stellvertreter abzugeben.

Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen! Verkennet nicht die Gefahren, die euch drohen, bildet die geforderten Hammer-schaften und verpflichtet eure Führer, den Führer-Appell des Graphischen Kartells zu besuchen. Das Graphische Kartell.

Coburger Arbeitsrecht.

Die völlig nationalsozialistische Stadtverwaltung Coburgs (Bürgermeister Schwede, ein ostpreussischer „Bayer“) hat von 78 im Bauamt beschäftigten Arbeitern der Stadtgemeinde Coburg 42 entlassen, darunter sämtliche freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder und sämtliche Erfahrmittglieder. Behalten wurde nur ein Betriebsratsmitglied, das Nationalsozialist ist.

Da die Betriebsvertretung die Zustimmung zur Entlassung der vier freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder verweigerte, verlangte die Stadtgemeinde Coburg die Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht. Bezüglich des einen Betriebsratsmitgliedes verweigerte das Arbeitsgericht die Zustimmung, bezüglich der drei anderen freigewerkschaftlichen Mitglieder erließ das Arbeitsgericht die fehlende Zustimmung des Betriebsrats.

Gegen diesen Beschluß legten die drei Betriebsratsmitglieder, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Franz Neumann, Berlin, und den Bezirksleiter Schmidt des Gesamtverbandes, Rechtsbeschwerde ein. In der Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Bamberg kam es nach langwierigen Verhandlungen unter dem Druck des Landesarbeitsgerichts zu einem Vergleich, der sachlich einen vollen Erfolg des Gesamtverbandes und seiner drei Mitglieder darstellt. Ein Betriebsratsmitglied wird wieder als Betriebsratsmitglied eingestellt, so daß der Betriebsrat wieder vollständig ist und eine freigewerkschaftliche Mehrheit aufweist. Die beiden anderen Betriebsratsmitglieder werden als Arbeitnehmer wiederum in das Bauamt eingestellt, und zwar der eine für mindestens 6 Monate, der andere auf 4 Monate.

Alle anderen entlassenen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer des Bauamtes haben außerdem die Einspruchsklage erhoben, über die demnächst entschieden werden soll.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin, Berufskantenkasse Deutscher Techniker, Bezirksstelle Berlin. Montag, 4. Juli, wird die Geschäftsstelle mit Ablauf der Bürozeit geschlossen. Sprechstunden finden nicht statt. Nächste Sprechstunden: Dienstag, 5. Juli, 16—19 Uhr. Am 4. Juli Kundendemonstration der Eisernen Front im Lustgarten. Sammelpunkte siehe Pressendirektionsbefehle und Säulenanschlag. Die Teilnahme aller Bundesmitglieder an dieser Kundgebung wird erwartet.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deutscher, Sonnabend, 2. Juli: Westkreis: Nachtfahrt nach Luchshütte (Naturfreundehaus). — Nordkreis: Fahrt zum Dehleser. — Morgen, Sonntag, 3. Juli: Westkreise: Beschäftigung der Feuerwehrleute „Bedding“. Treffpunkt um 10 Uhr vor der Wache. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Fahrt nach Strausberg. Treffpunkt: Bahnhof Stralau-Kummelsdorf, Eingang Sonntagstraße, 4½ Uhr. Treffen 70 H.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler im Freien: Deutscher, Sonnabend, 2. Juli, ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtplatz.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Unzeigenpreise: Die einpalt. Wochenschrift 30 Pf. Restausgabe 2.— Pf. „Meine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf. (galtig 300 festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Abdruck laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wochenschrift 25 Pf. Familienanzeigen Wochenschrift 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 8, wochentlich von 9½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht ge-nährter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Scholl; Schriftf. G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: A. Strimer; Redaktion: Herbert Reppe; Lokales und Sonstiges: Fritz Korfelt; Anzeigen: E. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, Seite 2 Beilage.

KPD.-Zentrale gegen KPD.-Arbeiter!

Kommunisten dürfen nicht mit Sozialdemokraten zusammengehen.

Auch die von über tausend Personen besuchte Betriebsversammlung des städtischen Vieh- und Schlachthofes bot einen klaren Beweis, wie wenig ernst es den verantwortlichen Männern in der KPD.-Zentrale mit dem Gerede von der Einheitsfront ist. Rede und Auftreten des Redners Ulbricht von der Bezirksleitung der KPD. waren bewußt auf die Zerstückelung der in der Arbeiterschaft sich bildenden Einheitsbestrebungen eingestellt. Die Tatsache, daß kommunistische Arbeiter und Funktionäre des Betriebes zu Sozialdemokraten gekommen waren, um ihnen zu erklären, daß sie gewillt seien, den Kampf gegen den Faschismus Schulter an Schulter zu führen, und daß sie auch bereit seien, ihre bisherige Einstellung zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu revidieren, muß in der KPD.-Zentrale geradezu ein helles Entsetzen ausgelöst haben.

Entgegen einem völlig falschen Bericht in der „Roten Fahne“ muß festgehalten werden, daß die kommunistischen Arbeiter unseren Parteifreunden ausdrücklich schriftlich versicherten, daß sie ihren Redner binden nach der Richtung, daß er nur über die gemeinsame Kampffront zu sprechen habe, daß er aber nicht sich in Ausführungen über das Trennende der beiden Parteien ergehen dürfe.

Zu solchen Aktionen und Taten dürfen sich jedoch kommunistische Arbeiter nicht aufschwingen. Gilt doch jede selbständige Regung und jedes selbständige Denken in der kommunistischen Partei als ein Verbrechen.

Wie bewußt falsch berichtet wird, dafür bietet der Bericht über die Versammlung in der „Roten Fahne“ vom 29. Juni ein geradezu klassisches Beispiel. Es heißt da:

Die Referenten waren von der SPD. Lempert und von der KPD. Genosse Walter Ulbricht. Gegenüber Lemperts provokatorischer Rede hat Genosse Ulbricht grundsätzlich mit den Sabotagemethoden der SPD. und ADGB-Führer abgerechnet.

Was soll hiermit bezweckt werden? Es soll der Eindruck erweckt werden, als wenn der Vertreter der Sozialdemokratie, der Genosse Lempert, das einleitende Referat gehalten und sich in provokatorischer Weise betätigt und somit dem KPD.-Redner Ulbricht die Stichworte für seine Ausführungen geliefert hätte. Das Gegenteil davon ist richtig!

Entgegen allen Vereinbarungen und Zusicherungen der kommunistischen Funktionäre setzte sich das einstündige Referat des Vertreters der KPD. aus erneuten wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zusammen.

Sie bleiben Heuchler!

Schamlos ist auch das Verhalten der kommunistischen Funktionäre des städt. Vieh- und Schlachthofes, die nicht genug beteuern konnten, daß sie sich streng an die Abmachungen halten würden. Mit dem fortschreitenden Referat ihres Ulbricht ergab sich mehr und mehr zu erkennen, daß sozialdemokratische Arbeiter auf das Wort dieser „Arbeitervertreter“ nicht bauen können. Wie Rammulucken gebärden sie sich gegenüber ihrem Führer, und verhalten im weiteren Verlauf der Versammlung, ihren Redner durch Unehrlichkeit zu übertreffen. Eine gemeinsam mit den SPD.-Arbeitern gefertigte Resolution als Extrakt für die Betriebsversammlung wurde von ihnen nunmehr nicht anerkannt. Eine in aller Eile gefertigte KPD.-Parolenentscheidung sollte auf einmal Gegenstand der Abstimmung werden. Mit aller Schärfe wies Genosse Lempert auf dieses unehrliche Treiben hin und erklärte, daß erneut der sozialdemokratischen Arbeiterschaft klar vor Augen geführt werde, was es mit den Einheitsfrontbetuerungen der Kommunisten auf sich habe.

Gegenüber dem detaillierten Feldzugsplan gegen Hitler und die

Bapen-Regierung brachte unser Genosse Lempert zum Ausdruck, daß es geradezu ein Verbrechen sei, dem Gegner die Waffen in die Hand zu spielen und ihm vor Eröffnung des Kampfes Kenntnis von den Abwehrmitteln zu geben. Die Ausführungen Ulbrichts lagen in der Linie der kommunistischen Parteipolitik des letzten Jahrzehnts. Nicht der Kampf gegen den Faschismus und gegen den Kapitalismus ist für die kommunistische Partei die Hauptaufgabe, sondern Schwächung der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus Entfrachtung des internationalen Proletariats.

In sachlicher und unermüdlicher Arbeit werden die sozialdemokratischen Arbeiter die gemeinsame Kampffront aller Werktätigen auf dem Vieh- und Schlachthof herstellen müssen.

Einheitsfront, wie sie unmöglich ist!

„Trotz Sabotage im Norden vorwärts.“

Unter der Ueberschrift: „Trotz Sabotage im Norden vorwärts!“ veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Bericht über den Razi-Überfall auf das Reichsbannerhotel in der Barfußstraße, in der Absicht, diesen Vorgang politisch für sich auszunutzen zu können. Man will die Weddingener Wählererschaft vergessen lassen, daß

diese Bandenüberfälle der Nazis überhaupt erst durch die Einheitsfront der Kozj- und Nazi-Arbeiterführer im Preußenparlament möglich geworden sind.

Als Biederer Männer traten die Kommunisten des Wedding an die Reichsbannerkameraden heran, um „nur“ eine gegenseitige Hilfe bei Raziüberfällen zu vereinbaren. Wozu die Kommunisten in Wirklichkeit eine derartige Vereinbarung haben wollten, ist den beteiligten Reichsbannerkameraden von ihrem Vorstandsmitglied in der Versammlung gesagt worden. Diese Voraussetzung ist auch an demselben Abend durch das Verhalten der Kommunisten und den Artikel in der „Roten Fahne“ bestätigt worden. Alle Kameraden, auch vier angeblich Beteiligte, haben es abgelehnt, sich in Zukunft als Vorspann für kommunistischen Stimmenfang gebrauchen zu lassen. Unwahr ist, wenn die „Fahne“ schreibt, ein Vorstandsmitglied des Reichsbanners hätte bei dem Führer des „roten Massenelbstschutzes“ angerufen. Der Anruf und die abgegebene Erklärung, daß es zwischen Reichsbanner und KPD. keine Bindung gibt, ist von dem Blockleiter des Reichsbanners erfolgt, die Antwort darauf ist aber von dem Vorstandsmitglied entgegengenommen worden. Er hat denn auch erklärt,

die Kommunisten sollten erst mal ihre Führer zwingen, die Beschimpfung der Sozialdemokratie zu unterlassen und die Einheitsfront mit den Nazis im Preußenparlament zu lösen.

Daraufhin wurde er sofort als „gemeiner Schurke“ beschimpft und das Gespräch beendet. In dem Artikel heißt es weiter, der Vorstand des Reichsbanners wollte sich der daraufhin entsandten kommunistischen Delegation vor den Augen der Reichsbannerarbeiter nicht stellen. Nach der Beschimpfung als „gemeiner Schurke“ zu diesem „gemeinen Schurken“ zu gehen, um erneut zu verhandeln, hätte sich die Delegation doch wirklich sparen können. Den Kameraden des Ortsvereins Wedding sei hiermit ausdrücklich erklärt: Sollte ein in dem Artikel angekündigtes Flugblatt mit der Namensunter-schrift von vier Mitgliedern des 10. Reichsbannerblocks erscheinen, dann mögen alle Kameraden und Genossen überzeugt sein, daß es sich um keine eigenhändige Unterschrift handelt; die Namen hat dann der Wortführer der KPD. selbst aufgeschrieben. Das Flugblatt konnte gar nicht unterschrieben werden, weil es im Wortlaut nicht vorlag.

Erster Aufmarsch zum Kampf.

Gewaltige Kundgebung der Eisernen Front in Spandau.

Erster Aufmarsch zum Wahlkampf in Spandau — ein glänzender Erfolg! Trotz Bluthitze ist die mächtige Jubiläumsturnhalle überfüllt. Man sitzt in Hemdsärmeln, aber die Begeisterung der Massen fragt nicht nach der Temperatur. Ungeheurer Jubel beim Einmarsch der Eisernen Front und der Fahnen. Die Häufte recken sich nach oben, „Freiheit!“ jubelt es immer wieder durch den Saal. Genosse Guth eröffnet die Versammlung, zeigt in kurzen Worten den Ernst der Stunde auf. Dann spricht Landtagsabgeordneter Kuttner. Er reißt der Hitler-Partei die Maske des Betruges vom Gesicht. Hitler möchte jetzt Papen nicht kennen. „Mein Name ist Hitler, ich weiß von nichts!“ (Minutenlanges Heiterkeit.) Aber es bleibt so wahr wie die Tatsache, daß wir hier befehlen sind: für die 30 Silberlinge der Parteiform hat der nationalsozialistische Judas die Armen und Aermsten ver-raten. (Stürmische Zustimmung.) Für alles, was seit dem 1. Juni in Deutschland geschehen ist, für den Rentenraub, für die neuen Lasten, für das vergossene Blut trägt die Partei Adolf Hitlers die hundertprozentige Verantwortung. (Stürmischer Beifall.) — Ein Kommunist will zur Diskussion sprechen. Er kommt nicht weit. Nach der ersten Beschimpfung der Partei setzt ihn der Born der Versammlung vom Podium herunter. Die Zeiten sind vorbei, wo die KPD. unsere Versammlungen zum Tummelplatz ihrer Stänker machen konnte! Als Antwort verliest Genosse Guth das verräterische Rundschreiben Nummer 11 der kommunistischen Zentrale mit den Sätzen, daß der Hauptstoß der KPD. sich nach wie vor gegen die Sozialdemokratie richtet. (Stürmisches Hui.) — Unter nicht endenwollenden Freisprechern trennen sich die Massen. Die Eisernen Front marschiert auch in Spandau.

Die Arbeiter haben sehr viel zu verlieren!

In einer Kundgebung der Eisernen Front im Ewinemünder Gesellschaftshaus wies Genosse Bredow einleitend darauf hin, daß die Redensart, die Arbeiter haben nichts als ihre Ketten zu verlieren, ein großer Unfirt sei. Es ist im Gegenteil sehr viel zu verlieren. Bredow schilderte die geschichtliche Entwicklung der Tolerierungspolitik, die Wahl Hindenburgs und die Bildung der Eisernen Front, die die Grundlage für die Einheitsfront bildet. Er besaßte sich mit den Notverordnungslänen Brünnings, die aber durch die Baronregierung von Papen fallen gelassen wurden. Entgegen früheren Versprechungen erließ diese von den Nazis unterstützte Regierung Notverordnungen, die alles bisher Da-gewesene in den Schatten stellt. Der Wortbruch der Reichsregierung gegenüber Preußen hatte den Erlaß der preußischen Notverordnung zur Folge. Dann nahm der Redner zur Frage der Einheitsfront Stellung und machte dazu längere Ausführungen, die von den anwesenden Kommunisten durchaus nicht mit der nötigen Sachlichkeit und dem notwendigen Ernst behandelt wurden. Bredow schloß sein Referat mit der Aufforderung, alle Kräfte zu mobilisieren und im Wahlkampf dafür zu sorgen, daß wir aus ihm nicht nur gestärkt hervorgehen, sondern auch die Grundlage für eine bessere Aufwärtsentwicklung gewinnen können.

Anfrage gegen Versicherungsdirektoren.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat jetzt nach einem Ermittlungsverfahren von mehreren Jahren gegen den Generaldirektor Max Apelt von der Berliner Affekuranz-Vereinigung A.-G., die aus der Deutschen Kraftfahrzeug-Versicherung A.-G. hervorgegangen ist, Anklage wegen handelsrechtlicher Untreue, Bilanzverschleierung und Abgabe falscher Erklärungen gegenüber dem Handelsregister erhoben. Auch gegen den Direktor Emil Fischer, der Vorstandsmitglied der Affekuranz war, ist Anklage wegen handelsrechtlicher Untreue erhoben worden. Die Affekuranz und die Deutsche Kraftfahrzeug-Versicherung A.-G. sind 1931 in Konkurs geraten.



Oskar Wöhrle

San Hus. Der letzte Tag

Damit hast du Gott als den Zweck der Welt hingestellt, ihn als das Endziel alles menschlichen Bemühens, Gott, nicht die Kirche! Darum stoßen deren Diener dich aus und entfernen dich als den bösen, schwärenden Pfahl in ihrem Fleische. Geistiges kann nur aus Geistigem verstanden werden. Deshalb bist du ihnen ein Greuel; denn sie sind schon längst keine geistige Macht mehr, sondern nur eine geistliche. Sie rennen geschäftig durch ihre Dunkelheit, wie die Bürger hier unten jetzt mit ihren Laternen durch das Aufheulen der Kreatur hindrinnen. Sie zünden mannigfache bunte Laternen an, obwohl es unnötig ist, steht doch die Leuchte des Worts in göttlicher Klarheit am Himmel. Ihre Augen sind blind und verdorben. Wohl merken sie den Sprung im Gebälk; aber sie sind nicht imstande, ihn mit neuem Holze zu füllen oder sonstwie zu verquillen. Statt den Fehler mit Kunst, mit Mühe und Geduld zu beseitigen, brennen sie lieber das ganze Haus ab. Sie berauschen sich im Glanz des Brandes, am Tanz und Durcheinanderwirbel der Funken, und vergessen darüber ganz der künftigen Trümmerstatt. Weh diesen Blinden!

Erschöpft läßt sich der lahme Dekan vornüber sinken und fühlt seine Stirn auf der sandsteinernen Brüstung des Fensters.

O daß der unguuten Gedanken Bändiger läme, der tröstliche Schlaf!

Doch diesem Seufzer wird keine andere Antwort als das verstärkte Weiterheulen der Hunde, und, plötzlich aus der Kaggasse herausstrebend, das Geschrei der Scharwächter, die waffenraffend einen Flüchtling verfolgen.

Auf den Münsterstufen stellen sie ihn.

Es gibt Kampf; unentwirrbar scheint der leuchtende Knäuel.

Albrecht von Büttelsbach sieht in hoherhobener Hand ein Messer gleiten. Zwei kurze Blige grellen, zweimal

schlagen sie ein. Der Dekan möchte schreien, wie selber getroffen; doch der Schreck lähmt ihm auch den Mund.

Schmerzgebrüll, Stöhnen, Zuhauen, neue Verwirrung! Aus der kämpfenden Gruppe löst sich ein Schatten. Lautlos, wie ein Nebertnecht auf der Fläche des Baches, strebt er auf dem mondhehlen Pflaster der Niederburg zu.

Zu spät merken die prügelnden Wächter, daß ihnen der Mörder entlaufen ist. Sein Vorsprung ist zu groß. Schon hat ihn das Dunkel der nächsten Gassen verschluckt. Ihm jetzt noch nachzusetzen, wäre zwecklos. Doch entwischen wird ihnen der elende Hund nicht, mag er auch zehnmal einen Ritterpanzer tragen! Den kriegen sie morgen, wenn er eines der Stadttore passieren will. Sodiel Einäugige laufen denn doch nicht herum, daß man ihn aus ihrer Schar nicht herauszulefen vermöchte!

„Warte, du Stechsau, dir wollen wir das Rückenmark langziehen!“ Mit diesem Segenswunsch laden die Scharwächter ihre beiden niedergestochenen Kameraden auf und schleppen sie ab.

Wo sie lagen, haben sich zwei große, schwarze Lachen gebildet: Blut! In schmalen Fäden läuft es die Staffeln hin- und bildet dort einen neuen See.

Der Dekan bringt die Augen nicht los davon. Immer wieder muß er hinschauen. Immer wieder muß er sich sagen: Da waren doch eben brüllende, kämpfende Menschen, die wild aufeinander losschlügen! Gottes Geschöpfe, die sich zu Leibe gingen wie reißende Tiger. Was ist übriggeblieben von der unheimlichen gespenstlichen Szene? Schwarze Lachen, dickes, verkrustetes Blut! Blut, Blut, nichts als Blut!

Dem Dekan läuft ein Schauer über den Leib. Gibt es wirklich Gespenster? An der Stelle des Niederstüchs ist ein Mann aufgetaucht. Schwarz, unheimlich steht er da, wie eine Morchel aus dem Boden gewachsen. Mit beiden Füßen steht er im Blut und merkt es nicht. Wie lachend schaut er über den Platz. Dann schreitet er Sankt Stephan zu und verschwindet eilig in der Richtung des Barfüßerklosters.

Der Totenkopf hinter den Geranien hätte schwören mögen, es sei der König gewesen.

Mit letzter Kraft hat sich der schwarze Ritter bis in die Gasse der Böhmen gezwungen. Hier, an der Herberge, wo er geborgen und in Sicherheit wäre, kann er nicht mehr. Er bricht auf den Stufen zusammen, unfähig, auch nur einen Laut auszustößen oder den Klopfer zu rühren.

In der steinernen Arche ist es still. Die dem Mond ab-gewandte Front hebt sich wie eine schwarze Bordwand aus einem Meer von Schatten. Nur ein brennendes Herz strahlt aus der düsteren, steil übergeböckelten Fläche. Das verrät, daß hinter dem Fensterladen des untersten Stockwerks noch Licht brennt. Hinter dem flammenden Herz sitzt Petr Chelichy und hält sich durch Schreiben wach.

Außer ihm und Luzia ist keine lebende Seele im Haus; denn auch der Esel ist kurz nach Rittersnacht mit den Herren weggegangen, nachdem er sich einen gutgestopften Kleiderack aufgeschmalkt hatte.

Kragend bahnt sich die Feder ihr schwarzes Auf und Ab auf dem rauhen Papier. Der junge Schreiber knüpft an seinem „Reg des Glaubens“, mit welchem Buch er einst den Hauptwurf zu tun glaubt, um dem Fürsten der Welt möglichst viele Seelen aus den Wassern der Sünde zu heben. Das Geheule der Hunde draußen ist gerade die richtige Begleitmusik zu dieser Arbeit. Falten des Widerstands graben sich ein in Petrs Stirn. Er weiß, daß es nicht das bellende Viehzeug ist, das seit über einer Stunde durch die Gassen der Konziliumstadt winselt. Nein, das ist Satanas selber, der Hundsgestalt angenommen hat und nun mit entblöhtem Kiefer und fletschendem Zahn aufsteht gegen Christen und Jesuskinder. Heulend geht der Reifer aller Listen und Lügen umher, die Herzen der Frommen zu verwirren und zu erschrecken. Doch hier in dieser Kammer sollen ihm seine höllischen Künste nicht gelingen! Nein, Petrs Kopf sitzt fest auf den Schultern des Glaubens. Der ist nicht so leicht mit einem Höllengriff verdreht! Heut ist die letzte Nacht des Hus! Nur noch Stunden trennen den Märtyrer von seiner Verkürzung! Darum ist die Hölle, sind die ganzen niederen Geister im Aufstand gegen ihn. Und da soll man sich mit hineinreihen lassen? Nein, niemals läßt sich Peter zu einer Unternehmung verleiten, auf der kein Segen ruht, sondern nur Samen des Teufels! Heule zu, Satanas! Das soll die Fäden im Reg des Glaubens nicht stören! Du kriegst dennoch dein Bildnis treulich zugemessen! Warte, bis hier der Abschnitt von den Bürgersorten fertig ist, dann...

Die Feder stößt in der Hand des Schreibenden; seine Gedanken sind unvermittelt abgelenkt; etwas Fremdes drängt sich ein in seine Seele; ihm ist, als höre er von irgendwoher seinen Namen rufen.

Er lauscht. Nichts in der Arche regt sich; nur auf den Gassen draußen tost noch immer Satans Gebrülle.

(Fortsetzung folgt.)

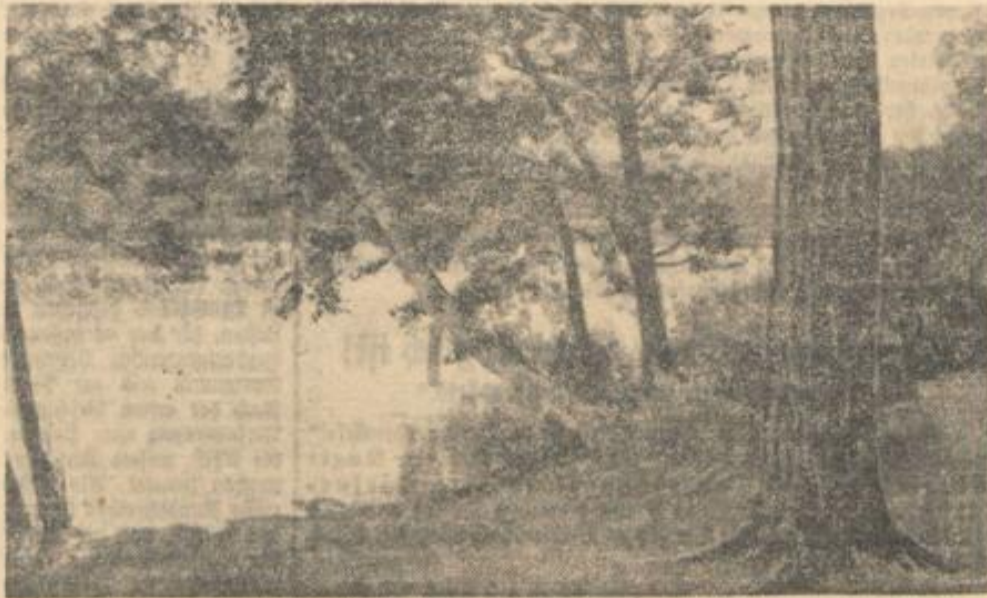
Seengebiet des Grunewalds.

Landschaft am Rande der Weltstadt.

Von Jahr zu Jahr ist das Waldgebiet des Grunewalds verkleinert worden. Dort, wo heute Haus an Haus steht, war vor einigen Jahren noch der Wald beherrscht. Die Grenze des steinernen Meeres hat sich immer weiter hinausgedrängt. Der Wald mußte dem Siedlungswillen der Menschen weichen. Heute hat die Stadt schon beinahe die früher mitten im dunklen Hochwald liegenden Seen des östlichen Grunewalds erreicht, die sich wie eine kostbare Perlenkette aneinanderreihen und trotz der Nähe der „Kultur“ ihre ursprüngliche Schönheit bewahren konnten. Vom Schlachtensee bis zum Hundetehlfensee erstreckt sich diese Kette. Die weiter nördlich sich anschließenden Seen, wie der Dianasee, der Hubertus- und der Herthasee, der Halensee und der Liegensee sind von dem Ausbreitungsdrang der Weltstadt verschlungen worden.

Die U-Bahn endet auf der Station Krumme Lanke. Nur wenige Berliner wissen, daß diese Strecke für die Stadt Berlin nur geringe Aufwendungen erforderte, da die Kosten zum Teil von einem an der Erschließung seines Baugeländes interessierten Unternehmer getragen wurden. Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich auch der Tatsache, daß die frühere Hochbahngesellschaft die vom Fiskus erbaute Strecke nach Thielplatz gratis und franto überwiesen bekam und außerdem noch eine gute, runde Million, weil der Betrieb der Bahn mit Verlust verbunden war... Vom Bahnhof Krumme Lanke erreichen wir in etwa 10 Minuten die schmale Enge zwischen dem Schlachtensee und der Krummen Lanke. Links liegt die Alte Fischerhütte, rechts neben dem Gasthaus Krumme Lanke und dem Waldschlößchen ein im Sommer viel benutztes Seebad. Nun wandern wir am Nordufer der Krummen Lanke entlang. Der Weg ist zunächst etwas abgetreten, wird aber dann besser. Hochwald hat uns aufgenommen, hügeliges Gelände am langgestreckten See. Zuweilen haben sich die Bäume, dicht stehend, mit ihren Stämmen am Boden hingestreckt, um dann später über dem schillernden Wasser sich laubbesetzt der Sonne entgegenzureden. Die Krumme Lanke gehört zweifellos zu den schönsten Seen des Grunewalds. Oft mietet sie an wie ein Fluß, der unsäglich langsam dahinfließt, ist sie doch höchstens 150 Meter breit, während sie sich über einen Kilometer in die Länge streckt. Richtigswimmer seien darauf aufmerksam gemacht, daß der See bis 8 Meter tief ist, und daß für sie beim Baden an verbotenen Stellen Lebensgefahr besteht. An die Krumme Lanke schließt sich das Riemelsteintal, geheimnisvoll, sumpfig, moorig, unheimlich und doch reizvoll. Nun überschreiten wir die „Spandauer Straße“ genannte Chaussee. Nach langen Regenfällen empfiehlt es sich, das

zum Naturschutzgebiet erklärte Jerni im Osten zu umwandern, also auf die andere Seite des früheren Sees zu gehen, der sich zwischen der Straße und Paulsborn erstreckt. Sonst aber ist der Weg um das buchtenreiche Westufer des Jerni abwechslungsreich und von großer landschaftlicher Schönheit. Ungehindert wachsen hier die Bäume: Birken, Erlen, Rüstern, niederes Buschwerk und Unkraut



An der Krummen Lanke.

im wirren, urwaldähnlichen Durcheinander. Zwischen den Stämmen der ragenden Bäume spiegeln sich Wasserlachen. Der Fuß tritt auf weichen, schwankenden, unsicheren Boden.

Nördlich von Paulsborn erstreckt sich der Grunewaldsee, an dessen Ostufer das alte Jagdschloß steht, das Caspar Theib 1542 bis 1543 erbaute und das heute Polizeistation geworden ist. Wir wandern am besten am Westufer des einen Kilometer langen Grunewaldsees entlang. Wer mit der Straßenbahn die Heimfahrt antreten will, findet eine Reihe von Linien am Roseneck, das etwa eine Viertelstunde vom Nordende des Sees entfernt liegt. Sonst aber wandern wir weiter zum Hundetehlfensee, dessen Ostufer leider von prunkenden Villen eingefast ist. Bald darauf haben wir den Bahnhof Grunewald erreicht, von wo die Heimfahrt angetreten werden kann. Wer gut zu Fuß ist, der kann über Grunewald hinaus, am Teufelssee vorüber, nach Schildhorn laufen und von hier zur Heerstraße gehen. Hier vermitteln Straßenbahn und Omnibus die Rückkehr. Ein sehr schöner Weg führt auch vom Teufelssee in nordöstlicher Richtung zum Bahnhof Heerstraße.

Weglängen: Krumme Lanke—Bahnhof Grunewald etwa 7 Kilometer, Grunewald—Schildhorn—Heerstraße 7 Kilometer, Bahnhof Grunewald—Teufelssee—Bahnhof Heerstraße 4 1/2 Kilometer.

Kampf mit Einbrechern.

Kriminalstreife von der Menge mißhandelt.

Zu einem aufregenden Kampf zwischen zwei Beamten der Einbrecherstreife und einem seit langem gesuchten Einbrecher, dem 21 Jahre alten Arthur Selke, kam es gestern nachmittag in der Frankfurter Allee an der Ecke der Friedrich-Karl-Straße. Die Kriminalbeamten wurden, statt von der Bevölkerung unterstützt zu werden, von der nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die für den Einbrecher Partei ergriff, unglaublicherweise schwer mißhandelt. Mit Hilfe von Schupo konnte erst wieder die Ruhe hergestellt und der Festgenommene zum Präsidium gebracht werden. Wir erfahren über den Vorgang folgende Einzelheiten:

Der erst 21 Jahre alte Einbrecher Arthur Selke hatte mit der Zeit infolge seiner großen Geschäftseinbrüche von seinen Komplizen den Namen erhalten „Der Schrecken der Geschäftswelt“. Mit einer organisierten Bande ging er auf große Einbrüche aus und suchte insbesondere große Konfektions- und Pelzgeschäfte heim. Bei einem solchen Einbruch in der Wilmersdorfer Straße wurde er im Mai festgenommen, abgeurteilt und der Zentralgefängnisanstalt in Kotbus zugeführt. Selke und seine Komplizen waren insbesondere dadurch berüchtigt, daß sie, wenn sie verfolgt oder überrascht wurden, sofort von ihren Waffen Gebrauch machten. Als es der Berliner Streife gelungen war, Selke zu ermitteln und sie ihn an der Ecke der Frankfurter Allee und der Friedrich-Karl-Straße festzunehmen, schlug der Einbrecher einen gewaltigen Krach, so daß alle Leute stehen blieben. Er schlug wie ein Wilder um sich, konnte aber daran gehindert werden, von seiner Pistole Gebrauch zu machen. Mit den Rufen: „Heißt mir doch! Mörder!“ feuerte er die sich sammelnde Menschenmenge an, die jetzt auf die Beamten einbrach. Obgleich sich die Beamten legitimierten und die Passanten über den Einbrecher aufklärten, schrie dieser immer wieder dazwischen, daß er nicht Selke sei. Nunmehr kam es zu einer schweren Schlägerei, wobei einer der Kriminalbeamten am Kopf schwer verletzt wurde, während dem anderen Streifenbeamten die Zähne ausgeschlagen wurden. Die pflichttreuen Beamten ließen aber den rasenden Selke nicht los. Einigen Schupos gelang es dann endlich, die Menge zu zerstreuen und den gefährlichen Verbrecher durch Stahlseile unschädlich zu machen. Er war natürlich der gesuchte Selke. Von den Schupos wurden weiterhin einige Personen festgesetzt, gegen die ein Verfahren eingeleitet wird und die nun strenge Strafen zu erwarten haben, da sie die sich legitimierenden Beamten tätlich angegriffen und niederschlagen hatten.

Goebbels spricht Feuerwerk.

Die Berliner Nazis halten es in dieser ernsten Zeit, von der sie selber fortwährend behaupten, daß sie nicht zum Festfeiern geeignet sei, für notwendig, das fünfjährige Bestehen des „Angriff“ durch eine Festrede Joseph Goebbels und durch ein Feuerwerk zu feiern. Auf ihren Plätzen, auf denen sie dieses welterschütternde Ereignis der Berliner Bevölkerung mitteilen, entsteht dadurch, daß man einen notwendigen Punkt ausgelassen hat, folgende bezeichnende Kombination: „Goebbels spricht Feuerwerk“. So ist es. Seine Reden sind ein paar Rufe, ein paar Kanonenschläge, ein paar Feueräder, ungeheurer Lärm, sehr viel Rauch und zum Schluß ein riesiger Gestank.

Furchtbarer Verkehrsunfall.

Motorfahrer von den Rädern eines Lastautos zermalmt.

An der Ecke der Prenzlauer und Alexanderstraße ereignete sich am Freitag ein tödlicher Verkehrsunfall. Ein Motorradfahrer, der 26jährige Dekorateur Paul Sabor aus der Boetelstraße 16 in Weichenje, wollte, als der Verkehrsposten die Straße in Richtung Alexanderplatz freigab, einen Kraftwagen überholen. Dabei stürzte er und wurde samt seinem Begleiter, der sich auf dem Soziuslag befand, auf das Pflaster geschleudert. In diesem Augenblick näherte ein in derselben Richtung fahrendes Lastauto. Obgleich der Führer desselben mit aller Gewalt bremste, gelang es ihm nicht mehr, seinen Wagen zum Stehen zu bringen. Die Räder rollten über Sabor hinweg und zermalmten ihm den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Sein Begleiter ist mit geringen Hautabwühlungen davongekommen.

Der Chausseeditator.

Rücksichtslose Auffassung eines Automobilisten.

Eine außergewöhnlich rücksichtslose Auffassung über das Recht des Automobilisten auf der Landstraße, eine Auffassung, die vom Verkehrsgericht in Roabit auf das energischste zurückgewiesen wurde, entwickelte der wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagte Automobilvertreter v. Kaymer. Er war beschuldigt, durch sein Verhalten den Verkehrsunfall eines Polizeiautos auf der Chaussee in der Nähe von Großbeeren verursacht zu haben, bei dem mehrere Insassen, sämtlich Polizeibeamte, verletzt wurden.

Der Verkehrsunfall ereignete sich an einer Stelle, an der die Straße nur fünf Meter breit war. Der Angeklagte fuhr mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometer in der Richtung nach Leipzig, und zwar so, daß der ihm entgegenkommende Polizeiwagen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, auf den Sommerweg abbiegen mußte. Der Sommerweg war an dieser Stelle sehr schlecht, der Polizeiwagen geriet in Löcher, kam ins Schleudern und sauste gegen einen Baum. Der Wagen überschlug sich und ging vollständig in Trümmer. Der Angeklagte gab zu, daß er es gar nicht eilig gehabt hätte, nach Leipzig heimzukommen, da der nächste Tag ein Sonntag war. Er erklärte aber, daß er gewohnt sei, mit 90 Kilometer auf freier Straße zu fahren, und daß er von jedem Automobilisten verlangen müsse, daß er die Fahrkunst in der Weise beherrsche, um an jeder Stelle gefahrlos ausweichen zu können. Wer nicht derartig Meister im Fahren sei, gehöre nicht auf die Chaussee, sondern solle sich erst in stillen abgelegenen Straßen üben.

Das Verkehrsgericht rechnete mit der Möglichkeit, daß auch den Lenker des Polizeiautos eine gewisse Schuld treffe, da nach dem Zustand des Wagens angenommen werden könne, daß er an der gefährlichen Stelle das Tempo seines Wagens nicht erheblich verminderte. Deshalb wurde auch von einer Gefängnisstrafe abgesehen und der Angeklagte wegen fahrlässiger Körperverletzung nur zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wiederholt betonte aber Amtsgerichtsrat Wargraf im Urteil, daß die rücksichtslose Auffassung des Angeklagten über das Alleinrecht des Automobilisten auf die Chaussee zurückgewiesen werden müsse. Auch der Automobilist habe Rücksicht auf die Sicherheit zu nehmen.

Tag der Brände.

Drei Dachstühle vernichtet. Wieder Schulbrand.

In den gestrigen Nachmittagsstunden herrschte bei der Berliner Feuerwehr Hochbetrieb. In kurzen Abständen liefen nicht weniger als acht Feuermeldungen ein, von denen sich vier als gefährliche Brände herausstellten. In drei Fällen brannten Dachstühle völlig nieder, und in der Rheingaustraße in Friedenau war wieder einmal der geheimnisvolle Brandstifter am Werk.

Besonders gefährlichen Umfang nahm ein Feuer an, das im Dachstuhl des Neubausblocks in der Gellertstraße 2 in Lichterfelde gegen 18.30 Uhr zum Ausbruch gekommen war. Der Dachstuhl des 35 bis 40 Meter langen Eckgrundstücks brannte in kurzer Zeit in seiner ganzen Ausdehnung kaserlos. Eine hohe Rauch- und Feuerfäule kennzeichnete weithin die Stätte der Vernichtung. Die Feuerwehr, die bei der tropfischen Hitze fast übermenschlich arbeiten mußte, ging über zwei mechanische Leitern und die Treppenhäuler gegen das Flammenmeer mit sechs Schlauchleitungen vor. An einer Stelle wüteten die Flammen mit solcher Gewalt, daß die Decken zu den Wohnungen der oberen Stockwerke durchbrannten. Der Schaden ist sehr hoch. Von der Schuppelpolizei mußten umfangreiche Absperungen vorgenommen werden, da fortgesetzt brennende Balken und glühende Ziegel auf die Straße niederprasselten. Als Entstehungsursache wird Selbstentzündung vermutet.

In den Weinbergen 6a in Spandau brannte der Dachstuhl eines 20 Meter langen massiven Stall- und Lagergebäudes nieder. Die Feuerwehr arbeitete mehrere Stunden unter Einsatz von vier Schlauchleitungen.

Der dritte Brand vernichtete auf dem Grundstück Greifswalder Straße 138/39 den Dachstuhl eines Stalles. Die Flammen griffen dann auf eine Remise und einen Lagerboden über. Drei Züge der Feuerwehr mußten stundenlang angestrengt arbeiten, um eine noch größere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Mit fünf Schlauchleitungen stärksten Kalibers wurde das Feuer eingekreist. Auch hier scheint Selbstentzündung die Ursache des Großbrandes zu sein.

Der Schulbrandstifter „arbeitet“ weiter.

Der gewissenlose Bursche, der seit Tagen in den Schulgebäuden Feuer anlegt, war auch gestern wieder tätig. Der Brandstifter verschaffte sich wieder auf geheimnisvolle Weise Einlass in die Räume der 17. Volksschule in der Rheingaustraße 17 in Friedenau und zündete einen Bücher- und Altentzünd an. Die alarmierte Feuerwehr konnte die Flammen glücklicherweise schnell ersticken. Wann endlich wird es gelingen, den Brandstifter unschädlich zu machen?

Ruhe auf dem Viehmarkt.

Berlin ist mit steuerfreiem Fleisch noch eingedeckt.

Gestern trat zum ersten Male die neue Schlachtsteuer in Kraft. Die Innung der Berliner Großschlächter hatte in einer Versammlung im Lehrervereinshaus für den gestrigen Tag beschlossen, kein Vieh anzukaufen. Die Berliner Loden-, Martthallen- und Wochenmarktschlächter hatten sich mit diesem Beschluß insofern solidarisch erklärt, als sie gestern ihre Geschäfte und Stände bis 9 Uhr vormittags geschlossen halten wollten. Diese „Streikparole“ hatte aber bereits der vorgestern in Dortmund zusammengetretene Verbandstag des Deutschen Fleischer-Verbandes abgelehnt und auch die Berliner Schlächter sind, soweit sich feststellen ließ, der Forderung ihres Kampfausschusses nicht gefolgt. Auf dem Berliner Viehmarkt vom gestrigen Freitag wurde dagegen nur in vereinzelten Fällen Vieh angekauft. Diese Tatsache hat allerdings ihren besonderen Grund, der sich aus der eigenartigen Konstellation, die in den letzten Tagen am Berliner Viehmarkt eingetreten war, ergab.

Der Berliner Viehmarkt wird regelmäßig jeden Dienstag und Freitag abgehalten. Mittwochs und Sonnabends sind dann die allgemeinen Schlachttag und Montags und Donnerstags findet der Fleisch-Engrosmarkt statt, wo die Lodenfleischler einkaufen. Nun werden an einem normalen Viehhandelstag in Berlin 3000 bis 4000 Rinder und 12000 bis 13000 Schweine angeliefert. Gestern sind dagegen nur 350 Rinder und 1300 Schweine nach Berlin geschafft worden. Es stand also ohnedies nur der zehnte Teil des sonst üblichen Angebots zur marktmäßigen Verfügung. Die Viehhändler hatten nämlich versucht, noch vor dem Intrafftreten der neuen Schlachtsteuer ihre Geschäfte abzuschließen und so wurden bis zum gestrigen Donnerstag nicht weniger als 23000 Schweine nach Berlin geliefert, also der doppelte Bedarf eines normalen Markttag. Ähnlich war es mit den anderen Viehsorten.

Diese steuerfrei angelieferten Tiere sind in der Zwischenzeit bereits geschlachtet, das Fleisch lagert in allen verfügbaren Kühlräumen der Reichshauptstadt. Wenn die gestern angelieferten geringen Rinder- und Schweinemengen nicht abgenommen werden, bleiben sie vorläufig als Ueberzähler zurück und werden dann später auf Veranlassung der Veterinärpolizei geschlachtet. Allgemein ist aber das Angebot an steuerfreiem Fleisch in Berlin noch so groß, daß die Großhandelspreise am gestrigen Engros-Markt sogar zurückgingen. Wie erinnerlich waren die Fleischpreise von Mitte Juni ab nicht unerheblich gestiegen.

Die Berliner Lodenfleischler haben ab gestern gelbe Plakate in die Fenster gehängt, auf denen die neuen Schlachtsteuerpreise verzeichnet sind. Wie man aber ersehen kann, sind die Vorräte an geschlachteten Fleisch vorderhand so groß, daß eine plötzliche Steigerung der Fleischpreise nur als unverantwortliche Preistreibererei bezeichnet werden könnte.

Ein Strandfest am Müggelsee. Das Kurhaus Strandbad Müggelsee hat für Sonntag, 3. Juli, eine Sonderveranstaltung vorgezogen, die ein besonderes Ereignis der Riviera des Berliner Ostens zu werden verspricht. Die Kapelle Robert Holz wird unter Leitung bekannter Schlagwerk-Komponisten konzertieren. Paul Erdmann singt die neuesten Schlager, die 5 Ladies-Singers bringen ihre Kundtunddarbietungen. Die Show historischer und moderner Babeanzüge wird ein farbenprächtiges Bild bieten. Die Vorführungen beginnen bereits um 10 Uhr, das Hauptprogramm um 15 Uhr. Eintrittspreise für das Strandbad wie üblich 20 und 5 Pf. Zum Kurhaus freier Eintritt. Straßenbahnlinie 167.

Bilger Sonntag im Zoo. Am nächsten Sonntag, 3. Juli, kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder unter 10 Jahren; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

„Im Lande des Goldes und der Diamanten“ lautet das Thema des Vortrages, den Dr. Lombard unter Vorführung von Lichtbildern am Mittwoch, 6. Juli, 20 Uhr, im Verein von Freunden der Tropen-Sternwarte hält. Gäste haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Wugen mit der Herrl. erfrisch. Schmiedenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreit uns ein Kauher. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

Nazimord an Kommunisten!

Schwere Bluttat am hellen Tage in Schöneberg.

An der Ecke Wartburg- und Satzburger Straße in Schöneberg wurden gestern am hellen Tage zwei Kommunisten von einem Nationalsozialisten niedergeschossen. Die Verletzten, der 24 Jahre alte Otto Göhrke aus der Chruscherstraße 10 und der 28jährige Schöneck aus der Hohenfledbergstraße 6 wurden mit Unterleibschüssen und Oberarmerschüssen ins Schöneberger Krankenhaus eingeliefert. Göhrke und Schöneck waren mit mehreren Hakenkreuzern in Streik geraten und im Verlaufe des Handgemenges zog einer der Nazis eine Mehrfachrevolver hervor und feuerte auf seine Gegner sechs Schüsse ab. Der Täter wurde festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. Der Verletzte erlag nur mit Mühe einer Operation der empörten Passanten.

Die nächsten Schießereien der politischen Unterwelt gehen übrigens weiter. Nachdem in den vergangenen Nächten sich die SA-Hitler mit dem Schießen in allen Stadtteilen, vornehmlich in Steglitz und in der Umgebung des Bülowbogens, hervorgetan und eine Reihe von politischen Gegnern über den Haufen geschossen hatte, haben in der Nacht zum Freitag offenbar Kommunisten eine Art Raufeldzug unternommen.

Gegen 11 Uhr wurden aus einem Privatwagen auf den Vorgarten des Radioverkehrslokals in der Zietenstraße 7 etwa acht Schüsse abgefeuert. Sieben Personen von den Augen geschossen worden sein. Es handelt sich durchweg um leichte Verletzungen, denn niemand von den Betroffenen brauchte in ein Krankenhaus übergeführt zu werden. Der Wagen trug die Nummer IE 50614 und war gegen 11 Uhr in der Gleditschstraße gestohlen worden.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich in der Hauptstraße 86 ab. Dort wurden gleichfalls aus einem Auto heraus auf das berühmte Rastlokal „Am eise“ mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Personen wurden mit einem Schulter- und Beinsschuss ins Krankenhaus gebracht. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. — Im Anschluß an die Schießerei in der Zietenstraße wurde am Rollendorfsplatz ein harmloser Passant von Nationalsozialisten niedergeschlagen und so schwer verletzt, daß der Mann ins Elisabethkrankenhaus gebracht werden mußte. Drei Hakenkreuzler wurden festgenommen.

Straf a. D. Stennes gegen „Angriff“.

Der Vorwurf der „Polizeispitzelei“.

Die Strafkammer des Landgerichts I verhandelte am Donnerstag als Berufungsinstanz in der Privatbeleidigungssache Stennes gegen Hitler und den verantwortlichen Redakteur des „Angriffs“, Dr. Hippert.

Die Berufung des Privatklägers gegen den Freispruch Hitlers durch die erste Instanz ist vor längerer Zeit zurückgenommen worden. Also sah heute bloß Dr. Hippert seinem früheren Parteigenossen Stennes gegenüber. Wie erinnerlich, soll Hitler als erster den Privatkläger Stennes in einer Standartenführerversammlung einen Polizeispitzel genannt haben, welche Bezeichnung dann vom „Angriff“ in versteckter Form übernommen worden war. Der Vorwurf des Spitzeltums erfolgte gegen Stennes im Zusammenhang mit dem Brief, der bei einer Durchsuchung in der Heidemannstraße gefunden wurde und sich auf einen Polizeiwachmeister bezog. In der ersten Instanz wurde Hitler mangels Beweises freigesprochen, Dr. Hippert zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Dr. Hippert erklärte heute, nicht die Absicht gehabt zu haben, Stennes zu beleidigen, dieser sei auch gar nicht als Spitzel bezeichnet worden.

Das Gericht sprach Dr. Hippert frei; der Inhalt des Artikels sei zwar für den Redakteur Stennes beleidigend, Dr. Hippert habe jedoch — in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt!

Schwerer Hagelschlag in Schlesien.

Ernte in Kreis Nimpisch restlos vernichtet.

Breslau, 1. Juli.

Ueber Teilen des Mittel- und Niederlaufes Nimpisch ging ein Unwetter nieder, das auf weiten Strecken binnen kurzem die gesamte Ernte restlos vernichtete.

Das Talgebiet von Groß-Wilkau glich in kurzer Zeit einem einzigen großen See. Während hier durch gewaltige Ueberflutungen schon großer Flurschaden angerichtet wurde, wirkte sich die Katastrophe in ihrer ganzen Größe erst im Niederlauf aus, wo ein viertelstündiger ununterbrochener Hagelschlag in Laubenergröße niederfiel und die gesamte Ernte vernichtete. Auf den Feldern ist zum größten Teil überhaupt nichts mehr zu sehen. Das ganze Gebiet zeigt ein Bild der Verwüstung. Das Obst liegt in Haufen auf der Straße. Die Telephondrähte sind zum Teil gerissen. Noch gegen Abend lagen die Eisbärner am Wegrand bis zu 15 Zentimetern hoch. Der Schaden ist noch völlig unübersehbar, aber so gewaltig, daß er unmöglich auch nur teilweise von den Gemeinden getragen werden kann.

Schiffszusammenstoß nahe Irland.

Elf Mann Besatzung ertrunken.

Der finnische Viermaster „Melbourne“ ist auf der Höhe des Dschutturmes gestrandet, an der Küste der irischen Grafschaft Cork, mit dem Petroleumtankerschiff „Seminole“ zusammengestoßen und gesunken. Elf Mann seiner Besatzung, darunter der Kapitän, der erste und der dritte Offizier, ertranken, 15 wurden gerettet.

Als Erpresser verhaftet.

Zwei Helden vom „Industrieurier“.

Dr. Ehrlich und Dr. Spicker vom „Industrieurier“, gegen die gestern, wie gemeldet, die Voruntersuchung wegen vollendeter und versuchter Erpressung eröffnet worden ist, sind gestern auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Landgericht III in ihren Wohnungen verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis Roabit zugeführt worden.

Der mitverhaftete Dr. Spicker bombardierte noch in der letzten Zeit den „Vorwärts“ mit sogenannten „Berichtigungen“, nachdem wir seine Taten der Öffentlichkeit unterbreitet hatten.

„Rango“ im Planetarium. Das Planetarium am Zoo hat ein Tonfilmgerät eingebaut. Dadurch wird die Arbeit dieses volksbildenden Unternehmens erheblich gefördert. Das neue Tonfilmgerät ermöglicht es, jetzt auch Kulturfilme vorzuführen. Als ersten Tonfilm zeigt das Planetarium „Rango“, einen der besten Tierfilme, die wir haben. Ein atemberaubender Film aus fernen Zonen, der uns Tiere und Menschen im niemals endenden Kampf ums Dasein vorführt. Der ganze Film ist erfüllt von dem Zauber der Wildnis. Der Film läuft vom 28. Juni bis zum 10. Juli. Es folgt vom 12. bis zum 24. Juli „Das blaue Licht“.

Den Kriegstoten zum Gedächtnis.

Ein Gang durch 30 einsame Räume.

Wer nach London oder Paris kommt, geht zum Grabmal des unbekanntenen Soldaten, das mitten in der Stadt liegt, und sieht dann betroffen vor einer schlichten Stätte. Die beiden westlichen Völker haben es verstanden, der Trauer von Millionen Lebenden um Millionen Tote ohne Pomp und Prunk Ausdruck zu verleihen. Wie anders in Deutschland. 14 Jahre sind bald vorüber, daß der letzte Kriegsgefallene bestattet wurde, und

stimmdende Eindruck ist, daß man es offenbar fast durchweg abgelehnt hat, einfach zu sein. Als ahnungsloser Mensch hat man geglaubt, daß in dem Wald von Berta eine Stätte der Stille, des Friedens und der Weltferne geschaffen werden solle, um zu einer andächtigen, nachdenklichen Stimmung zu kommen. Die Entwürfe lassen derartiges vermissen. Man spricht zwar in den beigegebenen Erklärungen oft von dem „Aberheiligsten“, zu dem der „Bilger“ geleitet werden soll, aber daneben gibt oder soll es geben eine Arena mit riesigen Terrassen, die für Massendemonstrationen bestimmt ist. Aufmarschgelände ist vorgesehen. Wie soll, wenn Zehntausende zusammenströmen, Stille und Andacht aufkommen? Es war vorausgesehen, daß das christliche Symbol, das Kreuz, eine große Rolle spielen würde, aber die Künstler haben merkwürdige Vorstellungen über seine Verwendung. Der eine Künstler bildet einen See und läßt aus dem Wasser fünf Kreuze herauswachsen. Ein anderer stellt viererlei haushohe Kreuze im Quadrat aneinander. Einem dritten ist das noch nicht genug, er stellt jeweils drei haushohe Kreuze nebeneinander und bildet aus viermal je drei Kreuzen ein gigantisches Quadrat von zwölf Kreuzen. Den Gipfel aber erreicht zweifellos jener Künstler, der fünf gewaltige steinerne Terrassen aufbaut und die Brüstungen dieser Terrassen mit Hunderten von steinernen Kreuzen besetzt. Ueberhaupt arbeiten fast alle Entwürfe mit geradezu ungeheuerlichen Mengen von Steinen. Manche Entwürfe sehen aus, als ob urweltliche Titanen mit ungeheuren Steinblöcken ihr Spiel getrieben hätten. Dann sieht man wieder 18 oder 20 taube Granitblöcke artig in einem Kreis aufgestellt, und die sollen die deutschen Stämme bzw. die deutschen Staaten verbildlichen. Einmal glaubt man, vor einem Schornstein zu stehen, aber es soll ein Leuchtturm sein, der allnächtlich sein Licht über die Bunde scheidet. Ein andermal sieht man riesige Steinwände kullerartig stehen, in den oberen Teilen befinden sich Öffnungen und hinter den Öffnungen — Blöcke. Steine, wohin das Auge schweift. Die Füße gehen auf Steinen, die Augen schweifen über steinerne Wände, Kreuze, Türme, Mauern, Monumente. Auf einer endlosen Wand marschiert endlos eine Reihe von Feldgrauen. Ein Künstler baut eine ägyptische Pyramide in 12 steinernen Terrassen auf. Man hat die Wahl Vertas damit erklärt, daß man von einem besonders schönen und großartigen Wald sprach, der das Ehrenmal aufnehmen sollte. Die Entwürfe lassen vielfach vom Wald überhaupt nichts sehen; manchmal lugt er mit seinen Wipfeln oben über die Steinwände und Terrassen.

Es ist totenstill und einsam in dieser Ausstellung. Der Bug bröckelt von den Wänden der alten Kunst-Werkhalle in Roabit, Eisenkonstruktionen verrotten augenscheinlich, durch blinde Scheiben des Oberlichtes scheidet dünnes, kaltes Licht. Kengstlich lauscht man dem Widerhall der eigenen Schritte in den leeren toten Räumen. Einer der stillen Aufseher, offenbar von dem Wunsch geleitet, endlich einmal wieder die eigene Stimme in diesen Grünten zu hören, macht ernst, würdevoll und gedämpft den notigenmachenden Journalfisten darauf aufmerksam, daß es verboten ist, die Entwürfe abzukizzieren. Guter Mann, wenn du wüßtest, wie wenig diese Skizzen und Entwürfe zum Nachzeichnen reizen! Damen und Herren des Ausstellungspersonals sitzen und stehen mit allen Anzeichen deutlichster Verlegenheit herum und wissen beim besten Willen nicht, was sie anfangen sollen. Es ist eine ernste Ausstellung, und sie dürfen sich die Gangeswelt nicht durch Lustigkeit vertreiben.

In London und in Paris manifestiert sich in dem Totenmal die Einheit und Geschlossenheit eines Volkes, die Entwürfe in Roabit lassen die absolute Zersplitterung und die fürchterliche zerstörende innere Unsicherheit und Unklarheit erkennen, die zur Zeit ganz besonders im Lager der nationalen Künstler herrscht. Mögen die deutschen Künstler immerhin die erste Absicht gehabt haben, etwas ganz Wichtiges und Großartiges zu schaffen, wir können uns immer noch keine bessere Ehrung der deutschen Kriegstoten denken als eine ausreichende Verforgung ihrer Hinterbliebenen, der einsamen alten Väter und Mütter, der Witwen und Waisen.

Ein Sommerfest zugunsten des Erholungsheims der Berliner Feuerwehr findet am Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. Juli, ab 16 Uhr in der Neuen Welt, Hasenheide, statt. Aus dem reichhaltigen Programm wird besonders auf die Turnvorführungen von Feuerwehrbeamten aufmerksam gemacht. Ferner finden Vorführungen modernster Feuerlöschgeräte statt. Die Eintrittskarten kosten 50 Pf. und für Kinder die Hälfte. Sie sind an den bekannten Theaterkassen und auf den einzelnen Feuerwachen erhältlich.

Eiserne Front gegen Hitler-Barone!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

AfU-Arbeiter beim Bezirksamt Prenzlauer Berg. Sonnabend, 2. Juli, 19 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, Fraktionsversammlung. „Kampf der Arbeiterschaft um ihre Lebensrechte“. Referent: Gottlieb Reese.

85. Abt. Sonntag, 3. Juli, 15½ Uhr, im „Birkenwäldchen“ Tempelhof, Manteuffelstr., öffentliche Kundgebung. Konzert. Referat des Genossen Fritz Schröder „Sozialistisches oder faschistisches Deutschland“.

18. Kreis. Sonntag, 3. Juli, 15 Uhr, findet im Schloßpark Weißensee ein großes Volksfest unter Mitwirkung der Sportorganisation statt. Ansprache des Genossen Franz Künstler, M. d. R. Eintritt 30 Pf., Kinder frei. Hierzu ladet der Kreisvorstand auch die Parteimitglieder der anderen Kreise herzlich ein.

„Berek“. Belegschaftsversammlung für alle beschäftigten Arbeiter und Angestellten am Sonntag, 3. Juli, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Dresdner Garten, Dresdener Str. 45: „Politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

59. Abt. Dienstag, 5. Juli, 19½ Uhr, Wählerversammlung in Tiefwerder, Lokal Schulz, Dorfstr. 5: „Kampf um den neuen Reichstag“. Referent: Max Brinitzer.

SPD-Werbeausschuß der Post- und Telegraphenbeamten. Dienstag, 5. Juli, 20¼ Uhr, Versammlung im Lokal Heiles, Prenzlauer Allee 239: „Marxismus oder Nationalsozialismus? — Was ist überhaupt Marxismus?“ Referent: Gottlieb Reese.

Bezirksamt Wedding. Mittwoch, 6. Juli, 16 Uhr: „Eiserne-Front-Kundgebung“ in der Versuchs- und Lehrbrauerei, Amrummer Ecke Seestraße. „Es muß anders werden!“ Referent: Genosse Oltersdorf.

8. Kreis-Spandau. Mittwoch, 6. Juli, 18 Uhr, öffentliche Rentner-versammlung bei Koch, Feldstr. 2: „Was hat der Rentner von der Papen-Regierung zu erwarten?“ Referent: A. Karsten, M. d. R.

AEG-Treptow. Mittwoch, den 6. Juli 16¼ Uhr, Angestelltenversammlung bei Wolfram, Treptow, Am Treptower Park 20. „Warum Kampf gegen den Faschismus?“ Referent: Karl Dressel.

AEG-Brunnenstraße. Donnerstag, 7. Juli, 15¼ Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42: freigewerkschaftliche Betriebsversammlung mit Sympathisierenden. „Gewerkschaften und Reichstagswahl“. Referent: Fritz Köcher.

Angestellten der Sozialversicherung. Massenversammlung der „Eisernen Front“ am Donnerstag, dem 7. Juli 19¼ Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide. „Massenentlassung der Angestellten der Sozialversicherung“. Referenten: Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des AfA-Bundes, Robert Bredow, Karl Litke, Fritz Schröder.

Sorgt für Massenbeteiligung!

noch immer tobt ein heißer Kampf um die äußere Form der Ehrung aller deutschen Kriegstoten in deutschen Landen. Daß man die Reichshauptstadt Berlin als Hauptstätte der Ehrung der Kriegstoten ausschalten würde, war ja vorausgesehen, aber trotzdem wurde man sich nicht einig. Bis endlich eine auch zur Zeit noch ziemlich unbekannt und landschaftlich keineswegs überragende Stelle bei Berta südlich Weimar ausertoren wurde, um das deutsche Reichsehrenmal zu tragen.

Seit einigen Wochen nun bergen die Räume der alten Landes-Ausstellung in Roabit die Entwürfe; es sind im ganzen 1828 zu jenem bei Berta projektierten Reichsehrenmal. 30 Räume reichten kaum aus, um alle Entwürfe aufzunehmen, und es ist sehr lehrreich, zu sehen, wie sich deutsche Künstler eine Ehrung der deutschen Kriegstoten denken. Der erste, aber auch der be-

Die Zigarette, die Du brauchst
Muß prima sein
trotz schmaler Kasse.
Wenn Halpaus-

Rarität

Du rauchst.
Rauchst Du Format u. beste Klasse

Getret mit

hochinteressanten Völkerschau-Bildern



Entlarvte Steuerdemagogen.

Wie die Nazis Omeletten machen — ohne Eier zu zerschlagen.

Die Nationalsozialisten haben in der Sitzung des Preussischen Landtags vom 24. Juni 1932 eine furchtbare Blamage erlitten. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag über die Konfiskation aller Einkommen von über 12 000 M. jährlich. Die Nazis hätten Gelegenheit gehabt, durch Zustimmung zu diesem Antrag ihre ehrlichen Absichten zu beweisen. Sie enthielten sich jedoch der Stimme und überließen es den Sozialdemokraten und Kommunisten, dem Antrag zur Annahme zu verhelfen. Damit haben die Nazis von neuem ihren wahren Charakter vor der breitesten Öffentlichkeit enthüllt. Sie sind und bleiben die Soldknechte des Kapitals!

Um ihre furchtbare Enttarnung in Vergessenheit geraten zu lassen, haben die Nazis darauf mit bewährter Demagogie im Preussischen Landtag einen Antrag zur Reuegelung der Einkommensteuer eingebracht. Da verlangen die Nazis im wesentlichen:

1. daß die Jahreseinkommen bis zu 3000 M. durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und Erhöhung der Familienermäßigungen von der Einkommensteuer (Lohnsteuer) befreit und
2. daß die Jahreseinkommen über 46 000 M. zu 80 Proz. weggesteuert werden.

Ungeheuer volksfreundlich und kapitalfeindlich, dieser Antrag! Aber dieser Antrag ist schon deshalb maßlos demagogisch, weil, wie jedes Kind weiß, die Einkommensteuer der reichs-gesetzlichen Regelung unterliegt und demgemäß nur vom Reichstag und nicht vom Landtag abgeändert werden kann. Es ist also nichts leichter und ungefährlicher, als im Landtag einen Antrag einzubringen, über den nur der Reichstag eine gültige Entscheidung treffen kann.

Was bedeutet der Naziantrag aber in sachlicher Beziehung?

Werden alle Einkommen bis zu 3000 M. jährlich von der Einkommensteuer befreit, so sind 86 Proz. aller Einkommen- und Lohn-

steuerpflichtigen steuerfrei. Das bedeutet einen Steuerausfall von 750 Millionen. Hinzu kommen weitere erhebliche Ausfälle wegen der erhöhten steuerfreien Beträge. Es ist deshalb mit einem Gesamtausfall an Einkommensteuer von insgesamt 1100 Millionen zu rechnen. Dieser Ausfall wird durch Wegsteuerung von 80 Proz. der über 46 000 M. hinausgehenden Einkommen im besten Falle um 400 Millionen ausgeglichen.

Wenn die Anträge der Nazis durchgeführt würden, entsteht also ein Fehlbetrag von 700 Millionen. Durch diesen riesigen Fehlbetrag wird der Naziantrag

zu einem ganz infamen Angriff auf die Arbeitslosen gestempelt.

Denn die notwendige Folge eines so hohen Defizits ist — nachdem neue Steuern nicht erhoben werden und Kredite nicht zu haben sind —, daß die Sozialausgaben endgültig und vollständig eingestellt werden. Keinen Pfennig für die Arbeitslosen: das wäre die unmittelbare Folge der Durchführung des nationalsozialistischen Antrags. Dann wäre erreicht, was Herr Feder in den Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP. gesagt hat: „Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.“

Das ist die logische Konsequenz des nationalsozialistischen Antrags. Wenn sie demgegenüber in der Begründung zu ihrem Machwerk davon reden, daß sie die kommende nationalsozialistische Regierung finanziell sicherstellen wollen, so ist das nichts anderes als Sand in die Augen ihrer gläubigen Anhänger. Die Nazis sind volksfeindlich und kapitalistenfreundlich. Alles andere ist Demagogie.

Es ist die Aufgabe aller sozialdemokratischen Arbeiter, diesen Sachverhalt immer wieder und mit aller Deutlichkeit klarzustellen. Bei den Diskussionen in den Betrieben, in den Stempelstellen und auf der Straße muß immer wieder klargemacht werden:

Hinter der nationalsozialistischen Steuerdemagogie verbirgt sich die schlimmste Sozialreaktion!

Die Affäre Flied.

Der private Untersuchungsausschuss — Die verlaufenen Silberberg-Aktien.

Es scheint sich zu bestätigen, daß die Reichsregierung das Flied-Geschäft einem privaten Untersuchungsausschuss zur Klärung übergeben will. Es werden schon Namen genannt. Der Ausschuss soll bestehen aus Dr. Simons, dem früheren Reichsgerichtspräsidenten, Dr. Popitz, dem früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium und dem Herrn von Schlieben, dem ehemaligen deutsch-nationalen Reichsfinanzminister.

Wir fragen von neuem, wozu der Ueberwachungsausschuss des Reichstags da ist. Wir fragen weiter, was Dr. Simons, der Privatrentnerhand von Stinnes, und was ein ehemaliger deutsch-nationaler Minister besser aufklären können als die Reichsregierung selbst bzw. der Ueberwachungsausschuss des Reichstags. Wenn noch eine Sachverständigenkommission nötig wäre, kann sie auch vom Ueberwachungsausschuss eingesetzt und ernannt werden.

Man muß die ernste Frage stellen, was hier überhaupt ermittelt und geklärt werden soll. Es heißt, daß die Reichsregierung auch jetzt an der Rechtsgültigkeit des Flied-Geschäfts nicht zweifelt. Wir haben schon die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zitiert, die es als Aufgabe und als Willen dieser Reichsregierung bezeichnet hat, das Reich von jeder Schlüsselstellung in der Schwerindustrie fernzuhalten. Die ebenfalls unter schwerindustriellem Einfluß stehende „Weser-Zeitung“ schrieb im Anschluß an die Meldung über die zu ernennende Kommission, daß das Reich hier die erste Gelegenheit habe, zu beweisen, daß es ihm mit der Beurteilung des staatssozialistischen Kurzes wirklich ernst ist.

Diesen schwerindustriellen Erwartungen gegenüber ist die Frage berechtigt, welches Spiel hier gespielt wird? Wäre etwa der Ueberwachungsausschuss eine unwillkommene Instanz? Soll das Reich etwa die Rechtsgültigkeit des Flied-Vertrags einfach anerkennen, die 90 Millionen Mark zahlen, trotzdem aber auf jeden Einfluß in der Schwerindustrie verzichten? Das würde auf einen Skandal einen noch größeren Skandal türmen heißen.

Das Flied-Geschäft selbst ist in den letzten Tagen noch um eine sehr ernste Nuance dunkler geworden. In der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. waren 8, wahrscheinlich aber 12 bis 13 Millionen Rheinische Braunkohlen-Aktien, Aktien des von Silberberg beherrschten großen Braunkohlentonzerns. Gelegentlich des Flied-Geschäfts soll mit Einverständnis des Reichs dieses hochwertige Aktienpaket aus dem Bestand von Gelsenkirchen auf die Charlottenhütte zurückgeführt worden sein. Flied selbst soll das Paket, das er zu 150 Proz. gekauft hat, jetzt zu 200 Proz. verkaufen können. Wertvolle Substanz ist also aus der Gelsenkirchener-Gesellschaft herausgenommen worden, während die Mehrheit dieser Gesellschaft bei hoher Ueberzahlung in die Hände des Reiches überging. Wenn Flied auch verpflichtet sein soll, den Erlös zur Schuldentilgung bei Gelsenkirchen zu verwenden, so liegt hier doch ein Komplex vor, der ebenfalls der gründlichsten Durchleuchtung bedarf.

Gegen handelspolitische Experimente.

Beschlüsse des Industrie- und Handelstags.

Der Vorstand des Industrie- und Handelstags setzte seinen scharfen Kampf gegen alle den deutschen Export gefährdenden Experimente fort. In seiner Stellungnahme zu den wichtigsten handelspolitischen Fragen fordert er mit Recht die endgültige Beseitigung der deutschen Reparationszahlungen und die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, um zu einem schleunigen Abbau der devisenwirtschaftlichen und sonstigen Handelshemmnisse zu kommen. Bei aller notwendigen Verteidigung der deutschen Interessen gegenüber den Maßnahmen des Auslandes und bei aller Rücksicht auf die Landwirtschaft müßten auch arbeitsmarktpolitische Gründe berücksichtigt werden. Die Aufrechterhaltung und Steigerung der Fertigwarenausfuhr bieten mehr Arbeitsgelegenheiten als jede ersagmögliche Herstellung der Einfuhrgüter bei strenger Abperrung. „Eine weitere Schädigung dieser arbeitsmarktpolitischen Rücksichten, die bereits erhebliche Beeinträchtigungen erfahren haben, könnte um so weniger verantwortet

werden, als das Gedeihen der deutschen Landwirtschaft selbst auf das engste mit dem Beschäftigungsstand der anderen wirtschaftlichen Berufe verknüpft ist.“ Neben dieser Notwendigkeit sei die Förderung der Arbeitsbeschäftigung im Inland sehr dringlich. Das Wichtigste hierfür bleibe die Wahrung der innenpolitischen Ruhe und Ordnung.

Zu diesem Proletz poht die Forderung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft wie die Faust auf's Auge, sofort jede Devisenzuteilung für ausländische Futtermittel zu sperren.

Zweierlei Recht.

Zur Reichssubvention für die Erzbergwerke.

Im neuen Reichsetat, der jetzt durch Notverordnung in Kraft gesetzt worden ist, sind tatsächlich nur 6 Millionen Mark als Darlehen für die notleidenden Erzbergwerke eingelegt worden. Tatsächlich erhalten jetzt nur Privatunternehmungen diese Reichssubventionen. Das geschieht, obwohl der Reichsrat einstimmig die Reichsdarlehen auf 8 Millionen erhöht wissen wollte, um gleiches Recht auch gegenüber den staatlichen Erzbergwerken im Harz zu üben, deren Belegschaften jetzt in die furchtbare Lage kommen.

Wir hatten die Reichsregierung gewarnt, weil es sich in der Tat in erster Linie um wirtschafts-, devisen- und staatspolitische Reichsinteressen handelt, und weil es Reichsinstanzen sind, die an der Aufrechterhaltung des Erzbergbaues stets ein sehr lebhaftes Interesse gezeigt haben. Aber es wäre wirklich himmelschreiend, wenn jetzt 3000 Bergarbeiterfamilien, also rund 10 000 Menschen im Harz bloß deshalb außer Verdienst gebracht

werden sollen, weil das Reich Subventionsdarlehen aus Steuergeldern zwar Privatkapitalisten, nicht aber aus den gleichen Gründen in ebenso schwieriger Lage befindlichen öffentlichen Zinn- und Bleibergwerken zur Verfügung stellen will. Mit dem „Staatssozialismus“ will die jetzige Reichsregierung aufräumen. Geschlecht das dadurch, daß man den „Staatssozialismus“ nur zugunsten privatkapitalistischer Unternehmer aufrecht erhält, obwohl es sich um Steuergelder handelt?

Arbeitsbeschaffung!

Der Bericht der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten legt für ihr erstes, volles Geschäftsjahr vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 Bericht und Bilanz vor. Sie verwaltet alle Darlehen, die vom Reich früher und natürlich die, welche von der Gesellschaft seit ihrem Bestehen zur Förderung von Notstandsarbeiten gegeben wurden. Sie haben eine Gesamthöhe von 416 Millionen Mark erreicht, sind aber in der Bilanz nur mit 265 Millionen Mark bewertet, da mit dem Rückfluß von einem Teil nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gesellschaft selbst hat seit ihrem Bestehen 71,7 Millionen Mark Darlehen gewährt; davon kamen im Berichtsjahr 37,4 Millionen Mark zur Auszahlung. Der Umfang der mit diesen Darlehen ermöglichten Arbeiten ist aber erheblich größer, da die Gesellschaft nur Zuschüsse für die beschäftigten Notstandsarbeiter (sog. Grundförderung oder verstärkte Förderung) leistet, während die Darlehensnehmer für die Finanzierung der Restkosten von Notstandsarbeiter sorgen müssen.

In der Bilanz stehen den rund 266 Millionen Mark Darlehen das Kapital von 150 Millionen Mark (ganz im Besitz des Reiches), die Reserve von 105 Millionen, eine Sonderreserve von 3 Millionen Mark und langfristige Schulden von 5 Millionen Mark gegenüber. Der Gewinn beläuft sich nach erheblichen Abschreibungen auf 13,4 (im Vorjahre 8,9) Millionen Mark, woraus 5 (3) Millionen Mark der Sonderreserve zugeführt und wieder 5 Proz. Dividende gezahlt werden. Der Dividendenbetrag von 7,5 Millionen Mark dürfte der Gesellschaft wieder belassen bleiben.

Für das Geschäftsjahr 1932 stehen der Gesellschaft 30 bis 35 Millionen Mark aus eigenen Mitteln für Notstandsdarlehen zur Verfügung. Durch Beiträge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dürfte sich der Betrag auf 50 Millionen Mark erhöhen. Mittel von Ländern und Gemeinden werden in diesem Jahre kaum zur Verfügung stehen.

Die Summe von 30 Millionen Mark zur Förderung von Notstandsarbeiten ist wahrhaftig nicht viel. Bei der Gründung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten war ausdrücklich vorgeesehen, daß ihre Mittel durch Anleiheaufnahme vermehrt werden sollten; der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, für Anleihen die Bürgschaft des Reiches zur Sicherung des Zins- und Tilgungsdienstes zu übernehmen. Die Papen-Regierung hat auch diese Möglichkeit nicht genützt, eine durch Reichsbürgschaft gesicherte und so für Kapitalbesitzer reizvoll gestaltete Anleihe dieser Gesellschaft auszusprechen, um Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hereinzuholen.

704 neue Konkurse (gegen 739 im Vormonat) und 627 Bergleischverfahren (wie im Mai) hat das Statistische Reichsamt für den Monat Juni festgestellt.

Zollerhöhungen ohne Ende. Der norwegische Reichstag beschloß eine Regierungsermächtigung, nötigenfalls die Zollsätze zu vererzischen und auf der Freiliste einen 30prozentigen Wertzoll zu erheben. — Der schweizerische Bundesrat hat auf Spielwaren, Schreibmaschinen und Geschwindigkeitsmesser für Kraftfahrzeuge ebenfalls sehr hohe einfuhrdrohende Zölle beschlossen.

Die von der Papen-Regierung eingeführte Speisefalzsteuer tritt am 16. Juli in Kraft. Sie wird mit 12 Pf. je Kilo als Produktionssteuer beim Salzwerk erhoben. Salz für gewerbliche Zwecke und Ausfuhrsalz bleiben steuerfrei. Eine Nachsteuer wird bei Salzhandlern erhoben für Borräte von mehr als vier Zentnern und von Privatleuten für Borräte von mehr als einem Zentner.

Reinigung auch bei Oberkofs.

40 Millionen Abschreibungen, vor allem auf Beteiligungen.

Der Aufsichtsrat der Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G., Berlin, hat nun auch eine Sanierung beschlossen, um durch eine „saubere Bilanz“ das Vertrauen zu stärken. Die Kokswerke haben eigene Gruben und Kokereien in Oberschlesien. Von der Niederschlesischen Bergbau A.-G. besitzen sie die Mehrheit des Kapitals. Am Ruhrbergbau sind sie durch die Beteiligung an der Concordia Bergbau A.-G. interessiert. Wichtigster Konzernbesitz aber ist das gesamte Kapital (30 Millionen Mark) der Schering-Kahlbaum A.-G., Berlin. Von weiteren Konzernbeteiligungen sind noch zu nennen die an der Vereinigten chemischen Werken A.-G., Charlottenburg, an der Duco A.-G., an der Vereinigten Dachpappen A.-G. Vor kurzem erst haben die Kokswerke den ober-schlesischen Grubenbesitz von Borzig durch Uebernahme von 7,5 Millionen Mark Borzig-Werksaktien erworben.

Das 80-Millionen-Mark-Kapital der Kokswerke soll im Verhältnis 5 zu 3 auf 45 Millionen Mark zusammengelegt werden. Die umlaufenden 9,2 Millionen Mark Genußscheine werden gegen Stammaktien, die im Besitz der Verwaltung sind, umgetauscht. Aus der Kapitalherabsetzung entsteht ein Buchgewinn von 32 Millionen Mark; die Befreiung der Genußscheine ergibt einen Buchgewinn von 1,8 Millionen, dem Reservefonds werden 5,8 Millionen Mark entnommen. Außerdem steht der Gewinnvertrag vom Vorjahr in Höhe von 2,4 Millionen Mark und der Rohgewinn dieses Jahres von ebenfalls 2,4 Millionen Mark zur Verfügung. Das ergibt eine Gesamtsumme von 44,4 Millionen Mark.

Von diesem Betrage werden zunächst die ordentlichen Abschreibungen in Höhe von 2,4 (im Vorjahre 2,0) Millionen Mark vorgenommen. Es ist zu bemerken, daß dieser Betrag genau der Einnahme an Schering-Dividende entspricht, so daß die Kokswerke im Jahre 1931 nicht einmal die ordentlichen Abschreibungen verdient haben (im Vorjahre 5 Proz. Dividende).

Die Sonderabschreibungen belaufen sich auf 37,4 Millionen Mark. Der Hauptbetrag davon, nämlich 27,1 Millionen Mark, entfällt auf die Beteiligungen, die danach mit 50,2 Millionen Mark in der Bilanz bewertet erscheinen. Auf Forderungen und Warenlager werden 7,7 Millionen Mark, auf Grundstücke und Anlagen 2,6 Millionen Mark besonders abgeschrieben. Von dem Gesamtüberschuß von 44,4 Millionen Mark bleibt ein Rest von 4,5 Millionen Mark, der als Sonderreserve zurückgestellt wird. In dem Wertansatz für die Borräte (3,4 gegen 6,0 Millionen Mark) sollen mehrere Millionen stille Reserven stecken.

8 Proz. Dividende bei Schering-Kahlbaum.

Die Schering-Kahlbaum A.-G., Berlin, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Bruttogewinn von 6,4 Millionen Mark gegenüber 8,2 Millionen Mark im Vorjahre aus. Die Abschreibungen wurden von 2,2 auf 1,9 Millionen Mark ermäßigt, so daß ein Reingewinn von 4,5 (6,0) Millionen Mark übrigbleibt. Daraus wird eine Dividende von 8 (im Vorjahre 12) Proz. verteilt. Die restlos den Kokswerken zugeflossen ist. Die Einnahmen aus der Beilegung des Rechtsstreites mit der Eastman Kodak Co. sind in diesem Abschluß noch nicht berücksichtigt.

Concordia zieht eigene Aktien ein.

Die Concordia Bergbau A.-G., Oberhausen, deren Kapital zu 43 Proz. bei den Kokswerken, zu 57 Proz. beim Stahlverein liegt, wird 2,5 Millionen Mark eigene Aktien einzuziehen, so daß sich ihr Kapital von 20 auf 17,5 Millionen Mark ermäßigt. Der Rohgewinn ist von 7,3 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 5,2 Millionen Mark im Jahre 1931 zurückgegangen. Die Abschreibungen wurden nur wenig, von 1,6 auf 1,5 Millionen Mark ermäßigt. Es bleibt ein geringer Reingewinn, der vorgetragen wird (im Vorjahre 6 Proz. Dividende).

Mißverstehen

Die Schule ist aus. Auf den Fluren beginnt lautes Hüfen, Laufen, Toben. Plötzlich hört man erregtes Schreien und Weinen. Der Lehrer tritt aus dem Klassenzimmer um nachzusehen, was passiert ist. Im Kreise einiger Mädchen steht die Keifste seiner Klasse und weint, während die anderen drohend und schimpfend gegen eine Horde Jungen anschreien, die am Ende des Flures lachende Redereien entgegenrufen. Einer von ihnen, ein Junge von 14 Jahren, steht etwas niedergeschlagen zur Seite und bringt seinen Anzug in Ordnung.

„Was ist denn hier los?“
„Der Gerhard hat der Elise den Mantel weggenommen und sie dann verhöhnt, als sie ihn wiederhaben wollte!“ erklärt rasch eins der Mädchen. Die Jungen haben sich währenddessen davongemacht, und nur Gerhard, der abseits stehende Sünder, bleibt, um seine Tat zu verteidigen, wie es scheint.

Der Lehrer ruft die beiden Beteiligten, Elise und Gerhard, ins Klassenzimmer.

„Erzähle doch einmal den Vorgang“, fragt er, zur Elise gewandt. Erst zögert sie. Einen raschen Seitenblick wirft sie auf Gerhard, der mit niedergeschlagenen Augen dasteht und innerlich kämpft, dann holt sie tief Atem und in halb entschuldigendem Tone spricht sie: „Ich kam aus der Tür und wollte meinen Mantel nehmen, da rief ihn Gerhard vom Haken und stürmte davon. Wie ich ihm nachjage und den Mantel von hinten erfasse, dreht er sich um und schlug mir eine Ohrfeige.“

„Stimmt das? Der Lehrer richtet einen fragenden Blick auf Gerhard. Der zuckt mit den Schultern, ohne daß man erkennen kann, was er damit meint. Etwas würgt ihm in der Kehle. Er wiest scheue Blicke auf Elise, als fürchte er sich, etwas zu verraten.

„Geh nach Hause, Elise, ich sage dir morgen, was ich in der Sache tun werde“, sagt der Lehrer zur Elise, als er eine Welle den Gerhard beobachtet hatte.

Als die Elise weggegangen ist, legt der Lehrer seine Hand auf Gerhards Schulter, schaut ihn sehr nachdenklich an und spricht, ohne einen Vorwurf in der Stimme: „Erkläre mir das, Gerhard.“

Der steht voll innerer Erregung da, er würgt und stößt endlich heraus: „Ich wollte sie ja gar nicht schlagen!“

„Was wolltest du denn?“
„— — — Sie ärgern — —!“

„Warum denn ärgern?“
„Weil die andern mich immer mit ihr necken.“

Schließlich schüttelt sich folgender Tatbestand heraus: Gerhard und Elise sind Nachbarkinder. Sie spielen zusammen, gehen gemeinsam zur Schule und nach Hause und er half ihr oft den Mantel anziehen. Darüber neckten ihn die anderen Jungen, nannten ihn Bräutigam (bei Kindern ein Schimpfname) und ufften ihn als Kavaller an. Nun gilt es bei Knaben gewöhnlich als Vorzug, recht wenig galant aber um so mehr burlesk und unsäglich zu sein. Um den Beweis seiner „Jungenhaftigkeit“ zu erbringen, hatte Gerhard der Elise den Mantel genommen. Er wollte aber nur erreichen, daß sie ihm folgte, bis ihn die anderen nicht mehr sahen, um ihr nachher wieder zu helfen. Dadurch, daß sie ihm den Mantel entriß, zerstörte sie seinen schönen Plan und verfehlte ihn in ungeheurer Erregung. Die andern lachten ihn aus, sein Liebesbeweis wurde von Elise nicht begriffen, und in dieser Erregung riefte ihm die Hand aus, wodurch er sich bei den Jungen der Klasse rehabilitierte.

Eine Unterredung des Lehrers mit Elise am folgenden Tage stellte zwischen dieser und Gerhard das alte Verhältnis wieder her.

Jean Rameau: Der Dialekt

Die Geschichte eines Straßenraubes

Michel war wochenlang durch ganz Paris gelaufen, um Arbeit zu suchen, aber er fand keine.

„Ich gebe es auf“, sagte er sich endlich, „und wenn man mir nichts geben will, werde ich einfach nehmen.“

Und er beschloß zum ersten Male in seinem Leben irgendeiner alten Frau die Handtasche zu stehlen, sie zu ermorden, falls es erforderlich sein sollte. Er hätte zwar gern etwas Größeres unternommen, in einem Hotel einzubrechen, den Geldschrank eines Bankiers oder Juweliere zu öffnen. Aber dazu mußte man wenigstens zu zweit sein, und er war allein, bejammernswert allein. Er gehörte keiner Bande an, hatte nicht einmal ein Auto wie die großen Leiter nächtlicher Unternehmungen. Er besaß nur einen Schundrevolver, den er auf einem Flohmarkt gekauft hatte, und der unter seiner eigenen Nase losgehen konnte, wenn er Glück hatte. Aber schließlich muß man ja mit allen Dingen klein anfangen. Zunächst würde er einmal die Tasche stibitzen, die großen Sachen würden dann später an die Reihe kommen.

Michel war ein junger Bursche von achtzehn Jahren, klein, schwächlich, stolz. Er war gerade mit der Gewerbeschule fertig geworden, hatte davon geträumt, bei einem Großindustriellen eine Stellung zu bekommen und auf ehrliche Weise sein Glück zu machen. Aber wenn das möglich war? Wenn man Hunger hat, keine Kleidungsstücke mehr besitzt, wenn es an allem mangelt, was zur Jugend gehört: Geld, Glück, Freizeit...

Er suchte sich eine geeignete Straße und wartete; kurz nach Mitternacht war es noch ziemlich belebt. Aber bald zweifellos...

Und beim Warten kamen ihm höchst ungeliebte Erinnerungen: er dachte an seine Heimat, seine Eltern, brave Arbeiter, die um diese Zeit längst schliefen, und die nicht ahnten, daß Michel in diesem Augenblick eine abscheuliche Tat vorhatte. Er seufzte und legte diese Träumereien mit einem Schlage hinweg. Wenn er Gefahr lief zu krepieren, ob seine Mutter es ertragen hätte, ihn betteln zu sehen, in diesem Alter?

In einem Winkel stand er neroös, und als es vom Kirchturm halb eins schlug, sah er ein altes Frauchen — mit Tasche versehen — herantrippeln. Er sprang aus seiner Ecke hervor, den Revolver in der rechten Hand: „Geld oder ich schieße!“

Die Frau erschrocken:

„Großer Gott, mein Geld? Ich habe gar nichts, mein Junge! Wenn ich etwas hätte, würde ich es dir geben, aber ich bin arm.“

„Und ganz weiß vor Angst wach ich immer weiter zurück.“

„Sie werden mich nicht töten, denke ich, ich habe doch nur fünf Franken bei mir, höchstens.“

Michel zögerte. Ihr Dialekt verwirrte ihn, es war die Sprache seiner Mutter und Schwestern, sie war eine Landwämmin.

„Rein“, sagte er leise, „ich werde Sie nicht töten.“

„Es war also nur ein Scherz?“

„Ja, nur ein Scherz.“ Und er fehte im reinsten gascogner Dialekt hinzu: „Wir müssen doch aus der gleichen Gegend stammen, gute Frau!“

„Großer Gott“, rief sie aus, „wir sind aus dem gleichen Land, aus Bagnonne, Bau, Dog, woher sind Sie?“

Er steckte den Revolver in die Tasche.

„Ja, ich bin von dort her“, erwiderte er, „haben Sie keine Angst, wo wohnen Sie, ich werde Sie begleiten, Sie könnten sonst am Ende belästigt werden.“

Er ging neben ihr her, folgte ihr mit kleinen Schritten, sprach von der Gascogne und rief Erinnerungen wach. Und jedes Wort dieser Sprache, die er als erste gesprochen hatte, wirkte auf ihn wie eine Teufelsbeschwörung, und all seine schwarzen Gedanken verflohen. Die Worte ließen in ihm das süße Echo seiner Kindheit wieder erklingen... und in seiner düsteren Seele begann es sich leise zu regen.

Er näherte sich ihr, fast hätte er ihr seinen Arm angeboten. Aber die gute Frau zitterte ein wenig, als er näher kam... Zum Teufel, er war ein Stroch, der ihr Geld nehmen wollte und ihr den Revolver unter die Nase gepflanzt hatte... Sie äugte bald nach rechts, bald nach links, in der Hoffnung, einen Polizisten zu erspähen... Michel aber — eingewiegt in den vertrauten Klang seiner heimatlichen Sprache — merkte nichts von ihrem Mißtrauen. Er ging friedlich, sichtlich aufgereizt, fast glücklich neben ihr. Doch plötzlich bemerkte er zusammensiehend auf fünfzig Schritt Entfernung das verdächtige Licht der Laterne eines Polizeireviers. Er wich zurück:

„Weißbild, du“, schalt er, „du wolltest mich also verhaften lassen, was? Scher dich zum Teufel, oder du konntst etwas erleben! Mit oder ohne Dialekt... Und du hättest mich vielleicht retten können... So eine Gemeinheit!“

Und Michel lief weg in ein einsames Gäßchen.

Die Frau sah ihm erschrocken nach und murmelte: „Vielleicht hat er Recht gehabt, der kleine Bursche hätte wieder anständig werden können, wenn ich länger mit ihm gesprochen hätte. Das war sicher sein erster Streich, was wird er jetzt tun? Was wird er tun?“

„Hallo, hallo!“ rief sie mit schwacher Stimme in der Richtung der kleinen Straße, in der er verschwunden war. „Wo sind Sie? Hallo! Kommen Sie zurück!“

Sie machte sich bereits Vorwürfe, daß sie ihn zur Polizei bringen wollte, um ihn loszuwerden. Sie hatte das Gefühl, eine entgleiste Seele in Händen gehalten zu haben, die sich sowohl zum Guten wie zum Schlechten hätte wenden können. Und sie hatte Schuld, wenn vielleicht schon heute Nacht...

Sie rief noch einmal in die Finsternis hinein, aber keine Stimme antwortete, kein Mensch erschien. Alles war schwarz, still, entsehrlich geheimnisvoll.

Plötzlich kam von fern her ein gellender Schrei, der Schrei einer Frau... „Hilfe!“... „Hilfe!“...

Erschrocken schlug die Alte das Zeichen des Kreuzes und floh selbst wie eine Mißschuldige.

Berechtigte Uebersetzung von Grete Blumenthal.

Lotar Holland:

Ueber ein Südseebuch

Der moderne englische Gesellschaftskritiker B. Somerset Maugham hat in seinen (von Elise Wünderlich übersetzten) „Menschen der Südsee“ (Verlag E. P. Tal u. Co., Leipzig, Wien 1932) sechs Novellen zu einem Kreis geschlossen; sechs außerordentlich scharf und ohne sentimentale Umschweife gefaßte Menschenschicksale, die sich aus dem Milieu der Südsee-Inselnlandschaft plastisch hervorheben.

Der exotische Handlungsuntergrund schien für den Dichter kaum mehr zu bedeuten als das gerade nächstliegende Mittel, dem Gesellschaftskritiker Mensch den blassen Schuymantel der tausendfachen zivilisatorischen Nebenbeziehungen, Nebenberufstätigkeiten und einschuldigen Nebenabhängigkeiten vom Kern seiner Persönlichkeit herunterzuziehen und den Kampf der nackten Seelen freizulegen. Es ist somit kein Buch der Südsee, sondern ein Buch über die in das unirdigste einmal glaubhaft gewesene Südsee-Paradies hereinabgedrungenen Zivilisationsmenschen, die hier auf einem von den heimatischen gesellschaftspolitischen Verbindlichkeiten losgelassen Aktionsboden neben sonstigen geschäftlichen Zielen die Verpflichtung übernommen haben, ihre Persönlichkeit auszutoben. Als Angreifer, Herrische wie auch als Schwächlinge und Leidende; denn die entscheidende Intoleranz bleibt in ihrer Wirkung gleich.

Irgendwo leben die Eingeborenen, irgendwo lauchen sie als Untergewandte bescheiden in Wirtschaftsprozess auf, höchstens sind sie in die Nebenrolle als Liebeszuträger oder ehemalige Urheberpartner der mitotierenden Mischlinge zurückgedrängt. Das Paradies wird entromantisert; es bietet sich dar wie alles aus der verschwimmenden Ferne in die Nähe Gerückt: als ein nüchternes unimpressantes Nebeneinander von detaillierten, zweckdienlichen Erscheinungen. Es ist wie das Gemäde einer exotischen Landschaft mit Häusern, Bäumen, Inseln und dem Meer — aber der Wasser hat über all dem das Blau des Himmels, die verbindende Atmosphäre, fortgelassen, weil es nicht mehr in das Bereich des gegenständlich Faßbaren gehört. Das Paradies ist auch entmoralisiert, denn es kann nur eine Moral zwischen zwei Partnern geben, der Zivilisationsverstand aber zerföhneidet die Moral in berechnete Möglichkeiten, die sich gegenseitig reiben und die dramatischen Partner in einem gegenseitig blinden Kampf untergehen lassen.

Die Novellen suchen sich unter den in der Südsee Zureisenden, Zureisenden oder auf der Scheide zwischen Zivilisation und Natur stehenden krause Charaktertypen heraus, Menschen, denen man wahrhaftig nichts Schöneres nachsagen kann und die sich hier auf vernünftige europäische Weise betätigen: als Existenzstreber, Nachhungerige, Gelundungsbedürftige, Liebeshungrige und unberührte Wirtschaftsfaktoren. Da öffnet sich das Band, der indifferente Aktionsboden stellt ihnen von sich aus einen Gegner entgegen, an dem sie sämtlich unentimental, ohne romantischen Glorionschein zugrunde gehen. Sie lösen sich auf in den Tod oder in den Verzicht auf ihren Charakter.

Das geschieht so, als müßte und könnte es nicht anders sein. Und der Dichter gibt keinen Kommentar dazu. Wenn zum Beispiel ein selbstbewußtseinsdurstiger Administrationssekretär seinen Vorgesetzten um dessen Nachfolgefähigkeit willen vor den Revolver seines

Wörbers treibt und am Ende aus Selbstenttäufung in den Tod geht — wenn ein Bankbeamter sich in ein Mischlingsmädchen verliebt, sie heiratet, ihre Seele nicht fängt, ihre Liebe verliert und sich am Ende von Steinen an den Füßen ins Wasser ziehen läßt — wenn ein Kranker sein Leben auf der glücklichen Insel beschließen will, gesundet, jahrzehntelang im ausblühenden Lebensgefühl um die Liebe einer von einem Matrosen verlassenen Eingeborenen vergeblich ringt, in seiner Erfolgslosigkeit und gleichzeitigen Bewunderung der Frau sich von deren erien Gatten das Idealbild eines Menschen macht und schließlich auf einen ungeschickten, verfallenen, widerlichen Seemann stößt, um dessentwillen die ahnungslose Frau ihn sich die ganzen Jahre hindurch in vergeblicher Liebe verzehren ließ — oder wenn ein Missionar, der ausgezogen ist, durch bewußte drakonische Härterzigkeit die eigene weltliche und geistige Armut den Eingeborenen aufzuzwingen, bei dem ungelückten Bekehrungsversuch an einer Frau aus dem Dornenviertel von Honokulu durch seine erwachte Sinnlichkeit Schiffsbruch erleidet... so sind das keine südseeischen Schicksale, sondern europäisch menschliche, unromantische. Es gibt wahrscheinlich gar keine Südsee, zumindest für diejenigen, die mit der Reisejahrkarte dorthin gelangen. Die Natur, die Zauber der Landschaft hätten einen mildernden Ausgleich in den Novellen schaffen können. In ihnen gibt es keine die Menschen aufnehmende und ausgleichende Landschaft; die Dramen sind vom Standpunkt des Opfers, des Zivilisationsmenschen, geschrieben, über dessen Leben das Damoklesschwert der künstlerischen Konsequenz schwebt. Ueberhaupt: der Konsequenz. Man liest das Buch nicht in einem Zuge durch, sondern Novelle für Novelle; denn jeder ihrer Abschlüsse ist hart, endgültig.

Erich Grisar:

Kinder vor der Kamera

Eines Tages fand ich einen Straßenjungen, dem man ansah, daß er sich seit mindestens acht Stunden ohne Aufsicht auf der Straße herumtrieb und da er auch eine Mutter hatte, die nicht jedesmal, wenn der Junge sich einen neuen Winkelbaken in seinen Anzug gerissen, die Nähnadel in die Hand nahm, um zugunsten was doch Minuten darauf wieder entzwei war, glaubte ich ein ideales Objekt für meine Kamera gefunden zu haben. Aber statt den Jungen einfach zu knipfen, fragte ich ihn, ob er sich fotografieren lassen wollte. Er hatte nichts dagegen, aber als ich meinen Apparat glücklich eingestelt hatte und mich im Geiste schon über das schöne Bild freute, das ich an diesem Tage nach Hause bringen würde, lief der Junge weg.

„He, Junge, wo willst du denn hin?“ rief ich hinter ihm her.

„Ich will nach Hause, mich waschen und ein andern Anzug anziehen!“

Aus war es mit der schönen Aufnahme, denn bis ich dem Jungen hartgemacht, daß ich ihn so fotografieren wollte, wie ich ihn gefunden und daß auch die Glockenrille, die ihm aus den Nasenlöchern baumelten, mit auf das Bild sollten, war es bereits so dunkel, daß ich beim besten Willen keine Aufnahme mehr machen konnte.

Später war ich klug genug, die Kinder nicht erst zu fragen, ob sie geknipst sein wollen, aber auch dann liefen sie weg. „Unsa Mutter wills nicht haben“, bekam ich mehr als einmal zur Antwort, wenn so ein Knirps, den ich schon auf der Straße zu haben glaubte, plötzlich wie der Teufel losrannte. Einmal bin ich mit so einem Knirps zu seiner Mutter gegangen und erfuhr dann, daß häufig Fotografieren kommen, die die Kinder fotografieren und nachher die Eltern belästigen, sie möchten ihnen ein Bild abtaufen. „Aber ganz im Gegenteil“, sagte ich zu der Frau. „Ich schenke Ihnen einen Anzug und der Junge kann gern noch ein paar Groschen dazu bekommen, wenn ich ihn fotografieren darf.“

Da hatte die Mutter nichts mehr einzumenden, aber in dem Viertel, wo mir das passiert ist, darf ich mich nicht mehr lassen lassen, denn sowie man mich hier erblickt, stürzen gleich ganze Legionen von Kindern auf mich zu und brüllen mir ihren Schlachtruf: „Onkel, fotografier mich!“ in die Ohren.

Aber es gibt auch Kinder, die die Lust, gute Ratsschläge zu erteilen, in die Nähe des Fotografieren treibt. Von dieser Sorte meinte mal einer zu mir: „Onkel, ich weiß ein schönes Bild, das fotografieren immer alle.“ Es war schwer, im Klarzumachen, daß ich ein Bild suchte, „was sich immer alle fotografieren.“

Auch Kritiker gibt es. Als ich einmal ein altes Haus fotografierte, dessen Abbruch lokales Interesse hatte, meinte ein Junge zu mir: „Das gibt aber kein schönes Bild. Da macht mein Bruder aber schönere.“ Da machte er ja wohl recht haben, aber in diesem Falle kam es wirklich nicht darauf an, ein schönes Bild zu machen.

Man soll die Kinder nie fortjagen. Es gelingt doch nicht. In London-Cast habe ich einmal zwei Jungen, die sich an meine Person geheset hatten, wegzulagen versucht, aber ich konnte anfallen, was ich wollte, immer wenn ich knipfen wollte, standen sie mir wieder im Wege. Ich wurde wütend, aber ich sah bald ein, daß Mut nichts nützte und in diesem Viertel auch nicht angebracht war, denn ich hätte nicht nach meiner Mutter rufen können, wenn einer der Jungen plötzlich mit seinem großen Bruder angetrückt wäre. So machte ich denn gute Miene zum bösen Spiel und freunde mich mit den Jungen an. Ich verfuhrte sie für meine Motive zu interessieren und das gelang mir so gut, daß die Jungen mich schließlich auf eine Menge Dinge aufmerksam machten, die ich ohne sie gewiß nie gefunden hätte.

In Limehouse jedoch, wo ich ein paar Chinesenjungen, die friedlich im Kimflein spielten, auf meine Platte bringen wollte, hatte ich weniger Glück, denn ehe ich meinen Apparat zücken konnte, kamen schon die Mütter herbeigestürzt und rissen die Kinder ins Haus. Sie hatten Angst, ihren Kindern würde was passieren. Das war reiner Aberglaube, aber ich tat gut daran, mich so schnell wie möglich zu verdrücken, denn bis an die Grenze des Chinesenviertels verfolgte mich das Kreischen und Schreien der Chinesenweiber, in das schließlich auch noch ein paar Regierfrauen einstimmen.

Unangenehmer war ein Zwischenfall, den ich in Worshau mit Kindern hatte. Ein kleiner Zeitungsjunge hatte es mir angetan. Leider stand er so unglücklich im Schatten, daß ich, um ihn gut auf die Platte zu bringen, warten mußte, bis er in die Sonne trat. Da konnte ich lange warten. Schließlich verlor ich die Geduld und bat den Jungen, in die Sonne zu treten. Aber ehe der Junge verstand, was ich von ihm wollte, hatten sich ein paar andere Zeitungsjungen, die in der Nähe standen, eingefunden. Sie begriffen schneller, was ich wollte und bauten sich in Reih und Glied vor mir auf. Mit der Aufnahme war es nun nichts und so ging ich denn weiter, ohne den Jungen geknipst zu haben. Doch ich hatte die Rechnung ohne die Jungen gemacht, die sich enttäuscht an meine Verfen hefteten. An jeder Straßenecke wurden es mehr. Ich lief, aber auch die Jungen liefen. Schließlich betrat ich einen Baken. Ich hoffte, wenn ich herauskäme, würden die Kinder spazieren, aber ihre Zahl hatte nur noch zugenommen. Schließlich sprang ich auf einen fahrenden Stroßendahnwagen und entkam.

Zum Glück hatten die Leute, zu denen ich unter so dramatischen Umständen in die Stroßendahn stieg, Küfmers Emil und die Detektive noch nicht gelesen, sonst hätte es passieren können, daß ich, statt selbst eine Aufnahme zu machen, in das Register der Wardschauer Polizei aufgenommen worden wäre.